

NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 5

November 1970

6. Jahrgang

Köln und seine Oberpostdirektion

Dr. Josef Anton

Von der niederländisch-belgischen Grenze im Westen bis zum Oberbergischen Land im Osten, zwischen den Ausläufern der Eifel, des Ahrgebirges, dem Siebengebirge im Süden und dem Industriegebiet um Leverkusen im Norden erstreckt sich der Bezirk der Oberpostdirektion Köln. Der Rhein tritt bei Bad Honnef, einem durch sein mildes Klima bekannten Kurort, in den Bezirk ein, durchfließt das weite Tiefland der Kölner Bucht und macht die Stadt Köln und ihre Region zu einem natürlichen Mittelpunkt des Kölner Bezirks. Politisch umfaßt er vom Lande Nordrhein-Westfalen die Regierungsbezirke Köln und Aachen und vom Regierungsbezirk Düsseldorf die Stadt Leverkusen, die dem Kölner Wirtschaftsraum zuzurechnen ist.

Wir befinden uns in einem uralten Siedlungsgebiet, das stark von den Römern geprägt war, deren Zeug-

nisse die Stadt Köln noch heute in reichem Maße aufzuweisen hat und deren Hinterlassenschaft in Form von Mosaiken, Grabsteinen, Krügen und Schrifttafeln fast täglich bei Baggerarbeiten ans Licht gebracht werden. Als an die Grenze des Imperium Romanum vorgeschobenes Verteidigungszentrum war das römische Köln zugleich als Hauptstadt der römischen Provinz Niedergermanien ein bedeutsames Handels- und Kulturzentrum. Die Stadt der Ubier, die um 50 v. Chr. auf das linke Rheinufer übergesiedelt waren, wird 50 n. Chr. eine römische Stadt und zugleich Hauptstadt der römischen Provinz Niedergermanien. Die hier geborene Agrippina, die Tochter des römischen Feldherrn Germanicus, Gemahlin des Kaisers Claudius und Mutter Neros, bewog ihren Gemahl im oppidum Ubiorum eine römische Veteranenkolonie anzusiedeln. Nach ihrem Tode erhielt der Ort

VEREIN DEUTSCHER ARCHIVARE

1 2. DEZ. 1970

2.452 - 2614



Köln am Rhein, Zoobrücke

Inhalt

Dr. Josef Anton	
Köln und seine Oberpostdirektion	109
Dipl.-Ing. Hans-Günter Schulz	
Über das Einkommen im einfachen und im höheren Dienst	116
Aus der Arbeit des Hauptvorstandes	118
Persönliches	121
Otto Lemke, Postrat a. D., Darmstadt	
Oberpostrat Hans Gerlach	122
Martin Heumann, Regensburg	
Der Vereinsfunktionär ein seltsamer Menschentyp	129
Abteilungspräsident a. D. Eduard Foerster	
Ut de Russentid in Berlin anno 1945	131

Einsendeschluß für Beiträge jeweils vier Wochen
vor dem Erscheinungstermin.

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon (0531) 22495/96.

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,
Nürnberg.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,
205 Hamburg 80, Häußlerstr. 47, Fernsprecher 7385434.

Einzelheft: für Mitglieder 0,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
Braunschweig.
Anzeigenpreisliste 1 – Familienanzeigen dreigespalten,
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,
Postscheckkonto Hamburg 200888.

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig,
Postfach 975.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche
Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der
Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses aus-
drücklich erwähnt.

den Namen Colonia Claudia Ara Agrippinensium
(CCAA). Aus Colonia wurde später Köln.

Die Zeugen der römischen Vergangenheit treten auf
dem uralten Kulturboden rund um den Dom, dem
größten gotischen Bauwerk Deutschlands, oft in
solchem Ausmaß zutage, daß Ausschachtungsarbeiten
wegen der Notwendigkeit behutsam vorzugehen nicht
selten monatelange Verzögerungen erleiden. Daß zu
dem berühmten Dyonisos-Mosaik im Dombunker in
diesem Jahr bereits das vierte Mosaik freigelegt
wurde, zeugt von der archäologischen Fruchtbarkeit
dieser Erde. Amateurarchäologen, Studenten, haben
vor kurzem im väterlichen Keller, unter einem un-
scheinbaren Geschäftshaus am Severinstor ein großes
römisches Grabmahl, das vierzehn Meter hohe, sechs
Meter breite und sechs Meter tiefe Grabmal des
Lucius Poblicius freigelegt, das später im Römisch-
Germanischen Museum aufgestellt werden soll, nach-
dem die Stadt sich nun bereitgefunden hat,
500 000 DM dafür zu opfern. Im Keller des neuen
Kölner Rathauses sind bedeutende Ruinen des
römischen Prätoriums, des Stadthalterpalastes zu
besichtigen. Man kann hier buchstäblich „mit dem
Fahrstuhl in die Römerzeit“ fahren.

Das Mittelalter hat uns außer dem wuchtigen, das
Stadtbild weithin beherrschenden Dom eine Reihe der
schönsten und bedeutendsten romanischen Kirchen
hinterlassen, die nach der Zerstörung zum größten
Teil stilgerecht wieder aufgebaut wurden (St. Georg,
St. Martin, St. Aposteln, St. Ursula, St. Kunibert,
St. Severin usw.).

Im Raum um Köln, im industriellen Ballungsraum
zwischen Wesseling und Leverkusen liegt heute ein-
deutig das Schwergewicht des Kölner Bezirks; hier
muß auch der größte Teil seiner postalischen und
fernmeldetechnischen Leistungen erbracht werden.
Um den Mittelpunkt Köln ist hier seit dem 2. Weltkrieg
ein zweites „Ruhrgebiet“ entstanden. Begünstigt
durch eine einzigartige verkehrsgeografische Lage,
am bedeutendsten Strom Deutschlands, dem Rhein,
an einem wichtigen Knotenpunkt im deutschen und
internationalen Schienen- und Straßenverkehr, am
„Verkehrskreuz des Westens“ waren günstige Voraus-
setzungen für die Entstehung eines dichten Chemie-
und Petrochemiegürtels rund um Köln gegeben. Fast
nahtlos schließen sich die Raffinerien von Esso, Shell
und Union-Kraftstoff an die Chemischen Werke Kalk,
an die Anlagen der Knapsack-Werke, der Erdöl-
chemie bis zu den Farbenfabriken Bayer aneinander
an. Die großen Braunkohlenfelder unmittelbar west-
lich Kölns decken weitgehend den erheblichen
Energiebedarf. Wenn auch Chemie- und Mineralöl-
verarbeitung sowohl nach Bedeutung als auch nach
den absoluten Größen das bedeutendste Aktivum des
Raumes darstellen, so folgt doch dicht dahinter der
Fahrzeugbau, der nicht nur durch die Fordwerke,
durch Klöckner-Humboldt-Deutz, sondern durch viele
weitere Anbieter von Nutzfahrzeugen und Apparate-
baufirmen gekennzeichnet ist. Mit 14580 DM Brutto-
Inlandsprodukt je Einwohner nimmt die Stadt Lever-
kusen und mit 12610 DM der Kreis Köln eine absolute
Spitzenstellung in der Bundesrepublik ein. Im tertiären
Bereich ist Köln schon seit Jahrzehnten ein Schwer-
punkt der deutschen Versicherungswirtschaft. Rund
50 Unternehmen dieser Branche haben hier ihren
Firmensitz und einschließlich der Landes- und Bezirks-
direktionen sind hier mehr als 200 Unternehmen an-
sässig. Ähnliches gilt für das Kreditgewerbe. Zahl-
reiche Verbände und bedeutende Spitzenorganisa-

Die Post – Stuttgart-Plattenhardt und DeTeWe.



Auch Stuttgart-Plattenhardt vergrößert sich ständig. Viele neue Wohnungen entstehen. Und der Telefonbedarf wächst mit. Das hat die Deutsche Bundespost rechtzeitig erkannt. Sie baute daher ein weiteres neues Vermittlungsamt. Zusammen mit DeTeWe. Und DeTeWe schaltete schnell:

Montagebeginn: Dezember 1969
Bereitstellung: Juni 1970

Die technischen Daten:
1310 Einzel- und Sammelanschlüsse
800 Zweieranschlüsse
2 Wählsterneinrichtungen
10 Fernwahlmünzer
5 Ortsmünzer
insgesamt ist Raum für ca. 6.000 BE.

Facit: Kommunikationsschwierigkeiten durch die Deutsche Bundespost behoben.

De Te We

**Deutsche Telephonwerke
und Kabelindustrie AG, Berlin**

1 Berlin 36 Wrangelstraße 100 · Ruf 0311/6100 41

870



Schloß Brühl

tionen sind hier entweder seit eh und je beheimatet oder die nahe Bundeshauptstadt hat sie in ihren Bannkreis gezogen. Die vielseitigen Kölner Messen (u. a. Möbel, Hausrat, Orga-Technik, Anuga, photokina, Herrenmode usw.) lassen zeitweilig in Köln kein Hotelbett mehr frei.

Die natürliche Lage hat Köln zum Schnittpunkt des europäischen Reise- und Güterverkehrs gemacht. Der größte Teil der internationalen Verbindungen zwischen den westlichen Ländern und Skandinavien einerseits und zwischen England und den süd- und südosteuropäischen Ländern läuft über Köln. Hier, an der ältesten Stadtgründung an seinem Lauf, ist auch auf dem Rheinschiffahrtsweg der Endpunkt der Rhein-Seeschiffahrt mit einem bedeutenden Binnenschiffahrtshafen und einer umfangreichen Personenschiffahrt. Von Köln aus wurde 1932 die erste deutsche Autobahn nach Bonn in Betrieb genommen, und das Stadtgebiet ist von einem einzigartigen großen Autobahnring umschlossen, von dem aus nach allen Richtungen Autobahnen führen. Im engeren Stadtbereich wird dieser Ring über ein Ringstraßensystem erweitert, so daß in naher Zukunft jeder Einwohner der Stadt über höchstens 2 km Stadtfahrt die Autobahn erreichen kann.

Brücken verbinden und führen hinaus. Von den noch im Krieg vorhandenen 5 fiel die letzte zwei Tage vor Kriegsende ins Wasser. Wie die Stadt, die vor dem Krieg bereits 800 000 Einwohner hatte und mit 40 000 nach dem Inferno, das die Stadt niederwalzte und 72 % seiner Wohngebäude zerstörte, wiedererstand, so heben heute 8 moderne, schwingende Brücken – im Norden und Süden je eine Autobahnbrücke – die Trennung durch den Strom in Linksrheinisch und Rechtsrheinisch wieder auf. Sicher unter dem Einfluß der Nähe der Bundeshauptstadt ist auf Porz-Wahner-Gebiet der Flughafen Köln-Bonn entstanden, der bei der feierlichen Einweihung seines Abfertigungsgebäudes im Frühjahr dieses Jahres als einer der modernsten gepriesen wurde. Was ihm – im Gegensatz zu Düsseldorf – fehlt, ist ein ausreichendes Ver-

kehrsaufkommen. Für die Deutsche Bundespost ist er jedoch von überragender Bedeutung, für die Postversorgung des Landes Nordrhein-Westfalen über das Nachtluftpostnetz, nachdem der Flughafen Düsseldorf-Lohausen wegen des Nachtstartverbotes für Düsenmaschinen ausgefallen war.

Auch zu den Menschen dieses Raums und zu ihrer Mentalität muß etwas gesagt werden, wenn auch für einen „Imi“ (importierter Kölner) wie man die Zugezogenen hier nennt, eine gewisse Vorsicht geboten erscheint. „Den“ Kölner kann es natürlich nicht geben, zumal – wie ich mir habe sagen lassen – im Severinsviertel ein anderes Kölsch gesprochen werden soll als im Eigelsteinviertel. Immerhin, man schätzt auch für 1970 den Anteil der in Köln Geborenen auf rund 50 %, Grund genug an eine gewisse überkommene Urwüchsigkeit zu glauben. Der „Imi“ wird hier gerne und auch schnell integriert, man schließt sich ihm gegenüber nicht ab, man kann nur nicht verstehen, daß er zwar schnell Kölsch trinken lernt, aber Kölsch zu verstehen – besonders im Karneval – für ihn mit Anfangsschwierigkeiten verbunden ist. Wer kann denn schon ahnen, daß „Pänz“ die Kinder, „Päd“ die Pferde, „Mösche“ die Spatzen, „Lück“ die Leute, „Rhing“ der Rhein und „Wing“ Wein heißen soll? Wenn schon der Rheinländer gerne lebt und leben läßt, wenn er oft leichten Herzens den Tücken des Lebens die Schärfe zu nehmen versteht, wenn er nicht alles so tierisch ernst nimmt, obwohl es dafür nur in Aachen einen Orden gibt, so hat der Kölner noch eine zusätzliche Möglichkeit schwierige Situationen zu meistern, indem er zunächst einmal tröstet: „Dat kriejen mer schon jerejelt“. Das heißt mit anderen Worten: Nur keine Aufregung, das regelt sich (wahrscheinlich?) von selbst. Dabei zeigt er sich neuen Entwicklungen gegenüber, wenn er sie als zweckmäßig erkennt, mitunter erstaunlich aufgeschlossen, entwickelt selbst gute Ideen und ist bereit, ganz neue Wege zu gehen, um die Dinge sinnvoll zu gestalten.

Viele „K“s beherrschen das Kölner Leben: Kunst, Karneval, Klüngel, Kölsch, Kölnisch Wasser usw.

Köln ist in den letzten Jahren ein Schaufenster der Weltkunst, eine streitbare, experimentierfreudige Kunststadt geworden. Neben alter, konventioneller Kunst in zahlreichen Museen und Galerien wie Wallraf-Richartz, Schnütgen, Rautenstrauch-Joest usw. hat sie ihre neue großzügige Kunsthalle besonders der modernen Kunst geöffnet, wenn auch die letzten „Actionen“ dieser Richtung wie Feuerlöschpulverbesprühungen nicht gerade den Beifall der Bürger finden konnten. Der jedes Jahr stattfindende Kunstmarkt für moderne Kunst hat Weltgeltung erreicht.

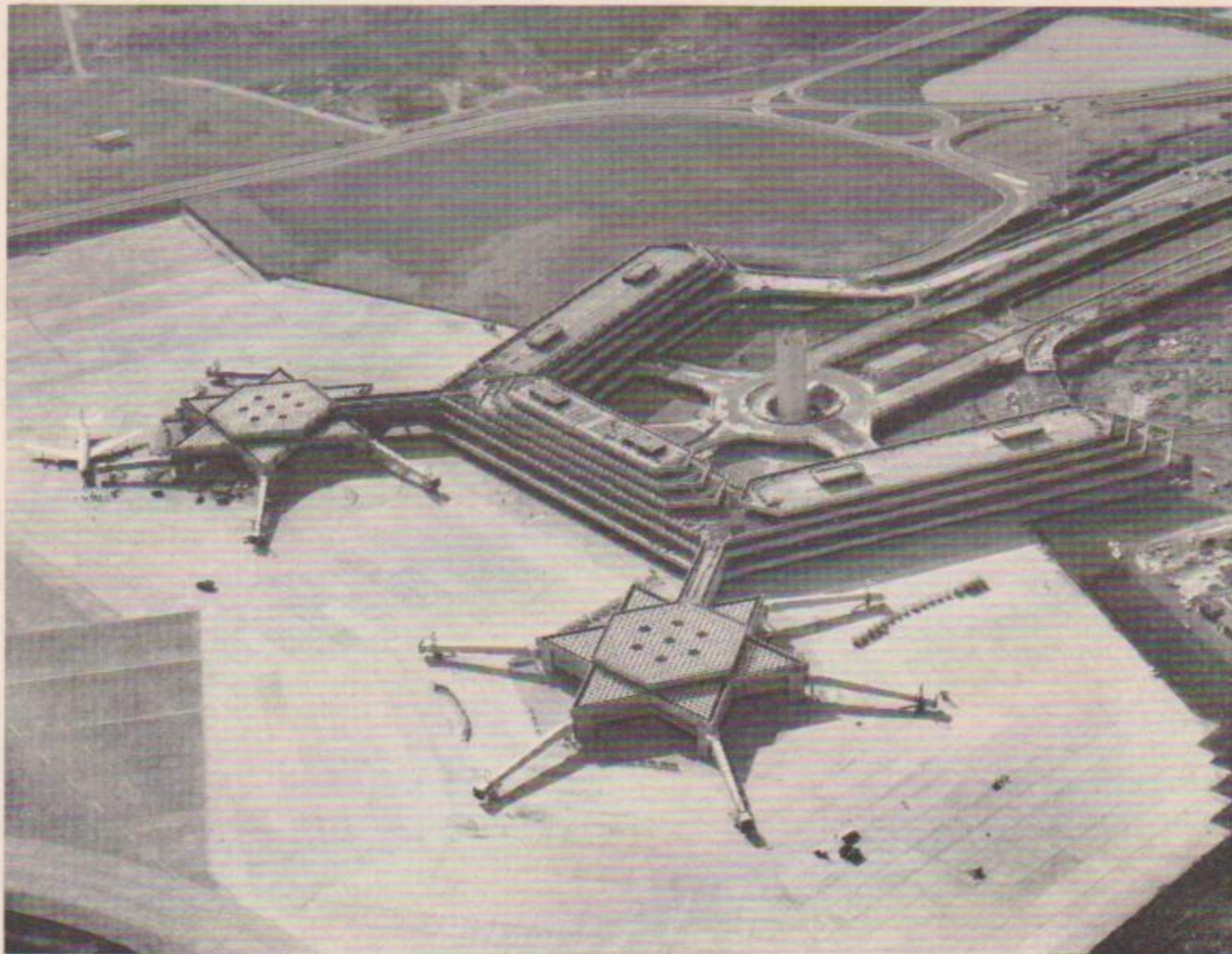
Für Köln bedeutet der Karneval eine zusätzliche, die fünfte Jahreszeit. Es ist auch für einen, in diesen Dingen weniger Geübten schwer, sich dem Zauber dieser Volksfeste zu entziehen. Im Anfangsstadium braucht man zwar noch einen Dolmetscher, mit der Zeit geht es aber leichter. Für den Kölner ist es unfassbar, daß Karnevalssendungen aus Köln auf deutschen Bildschirmen wegen Sprachschwierigkeiten nicht immer das erwartete Echo finden. Zwischen Weiberfastnacht und Aschermittwoch gibt es manche Erschwernisse im Postbetrieb, da in dieser Zeit die Straße zeitweise den Jecken gehört. Das wird aber widerspruchslos hingenommen. Vielleicht gibt es „den“ Kölner in dieser Zeit doch noch. Wenn 1973 das Festkomitee Kölner Karneval 150. Jubiläum feiert, wird die Deutsche Bundespost immerhin eine Sonderbriefmarke diesem Jubeljahr widmen.

Über den Kölner Klüngel zu schreiben, verbietet sich eigentlich für einen Zugereisten, immerhin, er hat auch schöne und liebenswerte Seiten. Der „Kölsche Klüngel“ wird schon seit dem Mittelalter belächelt – so alt ist seine Tradition –, es liegt aber ein Stück altüberkommene Weisheit darin, lieber Kompromisse zu schließen, als Streitigkeiten aus Prinzipiengründen bis zum bitteren Ende auszutragen.

Kölsch ist nicht nur die Sprache, die man hier spricht, Kölsch ist auch ein Bier, an das man sich schnell gewöhnt und das von Ärzten – vermutlich nur Einheimischen – noch zugelassen wird, wenn andere Getränke längst untersagt sind.

Über dem Ballungsraum Köln, der sicher eine übertragende Bedeutung für den Bezirk hat, darf ein weiterer Schwerpunkt, Aachen und sein Raum, nicht vergessen werden. Von 1850–1943 selbst Sitz einer Oberpostdirektion, spürt man heute noch bei den Stadtoberen und auch in der Bürgerschaft eine leise Wehmut über diesen Verlust. Deswegen bedürfen die Verbindungen zwischen Köln und Aachen einer besonderen Pflege, was nicht nur leicht fällt, weil Aachen über eine schnelle Autobahn in weniger als einer Stunde von Köln aus erreichbar ist, sondern weil die Atmosphäre dieser Stadt eine eigene Anziehungskraft hat. Die „Stadt Karls des Großen“, in deren Dom 32 deutsche Kaiser und Könige gekrönt wurden, in deren Pfalzkapelle Karl der Große beigesetzt wurde und in deren Hochmünster sein marmorner Krönungsstuhl steht, hat auch die heißesten Quellen Mitteleuropas. Sie ist von jeher eine Stadt der Begegnung gewesen, wobei die Grenzlage viel hierzu beigetragen hat. Kaum anderswo ist so viel für die Völkerverständigung getan worden, und die glanzvolle Verleihung des Karlspreises im historischen Rathaussaal vereinigt jährlich viele hervorragende Europäer und kann mit gutem Grund ein europäisches Ereignis genannt werden. Die berühmten Reiterturniere machen Stadt und Turnierplatz zeitweise zu einem internationalen Heerlager. Nur ein bemerkenswerter Bürgersinn konnte einer Stadt dieser Größenordnung eine solche Bedeutung verschaffen. Auch als Tuch-, Nadel- und Printenstadt genießt Aachen Weltruf. Die Bedeutung der Stadt wächst weiter, je mehr die europäische Einigung wächst und die Grenzen sich öffnen. Zusehends verblaßt die Eigenschaft einer Grenzstadt, der Raum erweitert sich zum wichtigen europäischen Dreieck Aachen – Maastricht – Lüttich, der heute schon von der EWG strukturpolitisch als einheitliches Wirtschaftsgebiet begriffen und gefördert wird.

Ein weiterer Schwerpunkt des OPD-Bezirks ist Bonn, die neue um Beuel, Bad Godesberg und acht weitere Gemeinden erweiterte Großstadt, besonders natürlich in ihrer Eigenschaft als Bundeshauptstadt. Es ist für einen Bezirkschef nicht immer eitel Freude, die



Flughafen
Köln/Bonn

Bundeshauptstadt, damit auch die oberste Dienstbehörde, im Bezirk zu haben. Gewiß, die kurze Draht, die unmittelbare Nachbarschaft hat unschätzbare Vorteile bei der Verständigung über schwierige Fragen, von dort kommt auch dafür manch wertvolle Hilfe. Der Sog, den Bonn jedoch auf qualifizierte Mitarbeiter wegen der besseren Dotierung und des helleren Glanzes ausübt, ist häufig mißlich. Dazu kommt ein teilweise empfindliches Publikum, das oft nicht weiß, daß für den Post- und Fernmeldebetrieb der OPD Köln zuständig ist, sich daher gern an die oberste Dienstbehörde wendet, was sich sogar gelegentlich — in letzter Zeit allerdings immer weniger — lohnt. Die Eingemeindung der Städte Bad Godesberg und Beuel nach Bonn, die Schaffung einer einheitlichen Postleitzahl, die Aufhebung des Verwaltungsdienstes beim Postamt Beuel ist relativ gut akzeptiert worden, die Errichtung eines Postamtsneubaues in zentraler Lage des neuen Stadtgebiets, zu dem z. Z. die Voraussetzungen geschaffen werden, wird bei einem Postamt (V) und zentralisierter Zustellung nahezu ideale betriebliche Verhältnisse schaffen. Das Fernmeldewesen, das naturgemäß in Bonn einen noch stürmischeren Aufschwung genommen hat, als man das sonst schon gewohnt ist, wird mit der Inbetriebnahme des Bauteiles B des Fernmeldeamtes, einem neuen Weitverkehrsamt für den Raum Bonn wohl für einige Zeit die größten Schwierigkeiten hinter sich haben.

Die personelle Situation im OPD-Bezirk Köln ist, mindestens was den Raum Köln anbelangt, prekär. Industrielle Ballungsräume, soweit sie einen bestimmten Umfang überschreiten, mögen mit Fragen der Infrastruktur fertig werden, sie mögen ihre Verkehrsprobleme lösen können, bei der Beschaffung von Arbeitskräften werden sie immer Schwierigkeiten haben. Von den rund 30000 Kräften im Bezirk werden allein über 18000, also rund 60 %, im Großraum Köln benötigt. Über 1100 ausländische Arbeitskräfte aus 16 Nationen, überwiegend Spanier und Portugiesen, sind eine wertvolle Hilfe. Auch der innerbezirkliche Ausgleich wird immer schwieriger. Die Einstellung und Ausbildung von Dienstanfängern in den ergiebigeren ländlichen Gefilden und ihre spätere Verwendung in der Großstadt ist kaum noch praktikabel, da trotz aller früheren Beteuerungen das spätere Berufsglück offensichtlich nur in der engsten Heimat gefunden werden kann. Die vielzitierte Mobilität ist nur noch im höheren Dienst, im gehobenen Dienst mit Einschränkungen vorhanden; im einfachen und mittleren Dienst fehlt sie fast völlig. Auf der anderen Seite fehlt hier auch weitgehend das Verständnis der Öffentlichkeit für die manchmal schwierige personelle Lage eines Dienstleistungsunternehmens. Als im vergangenen Sommer zwei kleine unbedeutende Annahmeämter in Köln für einige Wochen in der Ferienzeit geschlossen wurden — wohlgerne 2 von 83 im Stadtgebiet — natürlich ohne Rentenzahlung und Ausgabe — da glaubte die Presse und das Fernsehen in dieser Maßnahme eine spektakuläre Verschlechterung des Dienstes sehen zu müssen. Die sonstigen personellen Schwierigkeiten sind die für Ballungsräume üblichen.

Die kommunale Neuordnung in Nordrhein-Westfalen hat Anlaß und auch die Möglichkeit geboten, die Ämterorganisation im Postbereich den neuen Strukturen anzupassen und zu größeren Amtseinheiten zu kommen. Im vergangenen und in diesem Jahr ist bei 5 Postämtern der Verwaltungsdienst aufgehoben

worden; mit der fortschreitenden Neuordnung werden noch mindestens 10 weitere folgen. Man scheint auch hier die Schaffung von größeren Gemeinden zu billigen; wenn es jedoch darum geht, die Postanschrift der amtlichen Gemeindebezeichnung anzupassen, möchte man am liebsten von der kommunalen Neuordnung nichts mehr wissen. Dabei dreht es sich immer nur darum, die alten Gemeindepennamen als zusätzliche Bezeichnung in der Postanschrift über dem Strich führen zu dürfen, während er unter dem Strich noch angängig ist. Mit Sicherheit wird in jedem Fall über die zuständigen Abgeordneten das Bundespostministerium oder das Parlament bemüht. Auch die mittlerweile gemachte Erfahrung, daß nur ein allgemein gültiges, einheitliches Verfahren möglich ist und daß Ausnahmen nicht zugelassen werden können, hat bisher noch keine Gemeinde von dem beschriebenen Weg abbringen können. Die Organisation des Eingangs- und Zustelldienstes für das Stadtgebiet Köln konnte im vergangenen Jahr mit einigen Schwierigkeiten abgeschlossen werden. Über 100 Vorortsbezeichnungen erschwerten den Eingangs- und Zustelldienst erheblich. Die Reduzierung von 23 auf 8 Zustellämter mit der üblichen Numerierung läßt in Zukunft einen guten Effekt erwarten, wenn auch der Anteil der richtig beanschrifteten Sendungen nur zögernd innerhalb eines dreiviertel Jahres auf etwas über 50 % gestiegen ist. Solche relativ weitgehenden Rationalisierungsaufgaben, insbesondere bei der Ämterneuordnung, konnten nur gelöst werden, weil von den Personalvertretungen auf allen Ebenen viel Verständnis und weitgehende Mitarbeit für diese Maßnahmen aufgebracht wurden.

Im Fernmeldedienst steigt trotz erheblicher Anstrengungen die Warteliste weiter an. Die Zahl der Hauptanschlüsse stieg im vergangenen Jahr um 12,3 %. Im November 1969 konnte der 500000. Fernsprechteilnehmer des Bezirks begrüßt werden. Der Verkehrszugang im Selbstwählferndienst betrug im letzten Jahr rund 16 %. Die kommunale Neuordnung mit ihren zum großen Teil sehr weitgehenden Zusammenschlüssen von kleinen Gemeinden zu Großgemeinden, in einem Fall handelt es sich um fast 130 Wohnplätze, bringt auch im Bereich des Fernmeldewesens die Post in einen kaum noch zu überbrückenden Gegensatz zu den Vorstellungen der Öffentlichkeit. Die Bürger wollen einfach nicht begreifen, daß aus technischen, finanziellen und einer Reihe weiterer guten Gründe die Ortsnetze nicht ohne weiteres den neuen Gemeindegrenzen angepaßt werden können. Die bekannte, durchaus einleuchtende Argumentation trifft auf taube Ohren und der Weg über die Volksvertreter ist hier so wenig zu vermeiden wie bei der Postanschrift. Der Glaube an die unbegrenzten Möglichkeiten der Technik ist — offensichtlich zu Unrecht — in der breiten Öffentlichkeit so groß, daß man der Post schon Böswilligkeit unterstellt. Gerade soeben ist der OPD Köln von einer durchaus ernst zu nehmenden nicht gerade kleinen Stadt wegen der angeblichen Weigerung „vernünftige Fernsprechverhältnisse“ durch eine neue Ortsnetzabgrenzung zu schaffen, „Dienstaufsichtsbeschwerde“ angedroht worden. Man wird sich allerdings bald etwas einfallen lassen müssen, um ggf. mit einer neuen Gebührenpolitik die Ortsnetze nicht mehr weiter als Tarifgrenzen erscheinen zu lassen; denn in dem Maße, in dem die kommunale Neuordnung fortschreitet, wächst das Unverständnis in der Öffentlichkeit über die angebliche Schwerfälligkeit der Post.

Lange galt es in Köln als ungeschriebenes Gesetz, daß kein Bauwerk die Domtürme (157 m) überragen durfte. Nachdem man aber auch hier erkannt hat, daß es dem Profil der Stadt gut ansteht, auch städtebaulich in die Höhe zu greifen, errichtet man z. Z. am Niederländer Ufer das zweitgrößte Wohnhochhaus der Welt, 138 Meter hoch mit 46 Geschossen, das nur noch von dem höchsten Wohnhaus der Welt in der Wolkenkratzergruppe „Marina City“ in Chicago mit einer Gesamthöhe von 200 Metern und 65 Geschossen übertroffen wird. Das drittgrößte Wohngebäude ist im Westen der Stadt mit 135 Metern Höhe und 45 Stockwerken ebenfalls schon konzipiert. Notgedrungen war unter solchen Umständen die Planung eines Fernmeldeturmes mit einer Höhe von 245 Metern und Betriebseinrichtungen in 175 Meter Höhe nicht länger aufzuschieben. Da die Stadtväter schon aus Prestigegründen auf die Einrichtung eines „drehbaren“ Restaurants nicht glaubten verzichten zu können, wird voraussichtlich in äußerst günstiger Lage, mit kurzen Kabelverbindungen, unmittelbar neben unserem künftigen Weitverkehrsamt im Westen, der Turm errichtet werden können.

Am Bahnpostdienst in der Bundesrepublik, diesem vielgeschmähten und doch heißgeliebten Dienstzweig, hat die OPD Köln – sehr zum Kummer der Konkurrenz – naturgemäß wegen ihrer günstigen Lage im Schnittpunkt des Eisenbahnverkehrs einen bemerkenswert großen Anteil. Die Vereinigung der beiden Kölner Bahnpostämter vor zwei Jahren hat mit dazu beigetragen, die Dienste zu straffen und zu günstigeren Dienststundenplänen zu kommen. Über 30 % der Bahnpostwagen sind hier beheimatet, das Fahrpersonal stellt mit 22,5 % des Gesamtbahnpostpersonals einen beachtlichen Anteil, und bei den Umläufen und Läufen beträgt der Anteil rund ein Viertel des gesamten Dienstes.



Kölner Dom

Im Postreisedienst nimmt die OPD Köln ebenfalls eine Spitzenstellung ein. Der Anteil der im Bezirk aufkommenden Wagenkilometer im Liniendienst beträgt rund 10,5 % des Aufkommens im Bundesgebiet. Nach einer schon frühzeitig und auch relativ gut gelungenen Entflechtung des Liniennetzes zwischen Bahn und Post, werden nun Chancen in der Bildung von Verkehrs- und Tarifverbunden gesehen. Solche Verkehrsgemeinschaften bestehen schon im Siegburger Raum und im Oberbergischen Kreis, wo die gesamten Verkehrsverhältnisse in diesem Kreis in diesem Jahr neu geordnet werden konnten. Im Aachener Raum stehen die Verhandlungen zur Bildung eines umfassenden Verbundes vor dem Abschluß; die Bereinigung des Nahverkehrs im Köln-Bonner Raum wird allerdings noch einige Zeit auf sich warten lassen, da hierfür die Einsicht erst noch wachsen muß. Die Schülerbeförderung hat nach der Bildung von Mittelpunktschulen und nachdem nun das Land die Kosten für diese Verkehre übernommen hat, sehr zugenommen; leider nicht auch die entsprechenden Einnahmen. Ein kürzlicher Versuch, die defizitären Schülertarife wenigstens an das Niveau der übrigen Verkehrsträger für solche Verkehre heranzubringen, ist am massiven Einspruch der kommunalen Verbände und der Abgeordneten kläglich gescheitert. Ob dies künftig leichter möglich sein wird, wenn die Verwaltung von der Politik eine größere Distanz erlangt?

Das Rechenzentrum, erst vor drei Jahren in einem Neubau untergebracht, kommt schon wieder in räumliche Bedrängnis. Zwei Millionen Renten und 800 000 Fernsprechkonten werden hier bearbeitet und in Kürze sollen einige zentrale Aufgaben im Postzeitungsdienst und Besoldungskassendienst hierher übernommen werden. Nicht unerwähnt sollte m. E. bleiben, daß die nach dem Krieg errichtete Post-Bau- und Wohnungs-GmbH nunmehr 6000 Wohnungen im Bezirk errichtet hat und damit einen wesentlichen Beitrag für die Wohnungsfürsorge leisten konnte.

So glauben wir zuversichtlich, daß der Bezirk der OPD Köln auch in Zukunft den Anforderungen gerecht werden kann, die Bevölkerung und Wirtschaft an eine Post- und Fernmeldeverwaltung stellen kann. Befürchtungen, daß diese, nun 120 Jahre alte Oberpostdirektion, einmal untergehen oder einer Neuordnung der Mittelinstanz zum Opfer fallen könnte, bestehen hier nicht. Dazu ist sie zu sehr in einer wichtigen Verkehrsdrehscheibe angesiedelt und wohlausgewogen strukturiert, so daß es im Augenblick noch schwer vorstellbar ist, auch sehr progressive Überlegungen könnten ihre Existenz einmal infrage stellen.

Über das Einkommen im einfachen und im höheren Dienst

Dipl.-Ing. Hans-Günter Schultz, Hannover

Bei linearen Besoldungserhöhungen hört man gelegentlich zu Lasten des höheren Dienstes das Argument, die Brötchen kosteten schließlich für den Beamten des einfachen Dienstes genauso viel wie für den des höheren Dienstes. Es wird daher gefordert, daß für untere Einkommensbezieher eine prozentual aufgestockte Besoldungsverbesserung erfolge. Zwar wird im allgemeinen anerkannt, daß der höhere Dienst durch das erforderliche Studium erst später ein Einkommen erzielen kann, doch macht sich selten jemand klar, wieviel das eigentlich tatsächlich ausmacht. Erst durch das bekannte Gutachten von Prof. Dr. J. Heinz Müller, Freiburg, über „Strukturelle Änderungen in der Beamtenbesoldung zwischen 1927 und 1966 unter besonderer Berücksichtigung des höheren Dienstes“ sind diese Dinge, und vor allem die erschreckende Nivellierung, erstmals zahlenmäßig näher untersucht und herausgestellt worden. Obwohl mittlerweile einige Jahre alt, gelten seine Erkenntnisse (leider) noch heute.

Aus dem dort behandelten Problemkreis habe ich eine Spezialfrage herausgegriffen und an Hand der Fiktion, daß zwei gleichbegabte junge Menschen gleichen Alters zur Post gehen möchten – der eine in den höheren, der andere in den einfachen Postdienst –, die Einkommensverhältnisse berechnet. Die „Modell-Beamten“ sollen Zwillingbrüder sein, die ein gleiches (privates) Lebensschicksal haben. Es werden allein die wirtschaftlichen Aspekte betrachtet; daß es außer diesen noch andere Gesichtspunkte, ja sogar wesentliche andere gibt, die z. B. für den höheren Dienst sprechen könnten, soll in diesem Zusammenhang bewußt außer acht gelassen werden.

*

Lebenslauf und einkommenswirksame Ereignisse, die ich zum Einkommensvergleich der beiden Brüder annehmen will, lauten in Stichworten für den einfachen Dienst: Mit 15 Jahren Postjungbote mit Vergütung und Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld), Dienst- und Sportkleidung kostenlos (Wert etwa 250,— DM im Jahr), mit 17½ Jahren Postschaffner mit Grundgehalt, Ortszuschlag, Amtszulage, Sonderzuwendung und vermögenswirksamer Leistung von 13,— DM im Monat. Dienstkleidung nun nicht mehr kostenlos, aber Zuschuß der Postkleiderkasse (Wert 130,— DM im Jahr). Mit 19 Jahren Postoberschaffner, gleichzeitig Versetzung an das Postamt in nahegelegener Universitätsstadt. Tägliche Fahrt dorthin, Fahrkostenersatz von 50,— DM pro Monat. Mit 23 Jahren Umzug an den Dienstort, Fahrkostenzuschuß nur noch 20,— DM im Monat. Mit 28 Jahren Beförderung zum Posthauptschaffner, mit 35 Jahren kein Fahrgeldzuschuß mehr, weil Grenze von 915,— DM überschritten. Mit 60 Jahren Beförderung zum Postbetriebsassistenten, mit 65 Jahren Eintritt in den Ruhestand.

Für den im höheren Dienst tätigen Bruder wird angenommen: Schulbesuch, mit 19 Jahren Abitur, dann tägliche Fahrt zur Universitätsstadt, mit 23 Jahren Umzug dorthin. 10 Semester Studium, ein halbes Jahr Prüfungszeit, Einstellung mit 24½ Jahren in der Universitätsstadt als Referendar (Bundesdienst unterstellt). Mit 27 Jahren 2. Staatsprüfung (Postrat z. A.),

mit 30 Jahren Postrat, mit 35 Jahren Oberpostrat, mit 40 Jahren Oberpostdirektor. Mit 65 Jahren Eintritt in den Ruhestand. Einkommen zunächst per Unterhaltszuschuß, später durch Grundgehalt, Ortszuschlag und Sonderzuwendung, Amtszulage, vermögenswirksame Leistungen, Kleiderzuschuß und Fahrkostenersatz erhält ein höherer Beamter nicht. Da der Vater der Zwillinge nicht arm sein soll, gibt es keinerlei Zuschüsse von dritter Seite (z. B. staatliche Beihilfe zur Berufsausbildung, Ausbildungsförderungsgesetz). Beide Brüder leisten keinen Wehrdienst, heiraten mit 23 Jahren und bekommen sofort eine billige Wohnung (kein staatliches Wohngeld). Mit 25 Jahren wird das erste, mit 27 Jahren das zweite Kind geboren. Die Kinder sind für 19 Jahre in der Ausbildung; entsprechend wird Kinderzuschlag gezahlt.

*

Nach den vorstehend unterstellten Merkmalen lassen sich aus der Besoldungstabelle die Bezüge ermitteln, wobei Ortsklasse S angesetzt wird. Es muß ein Stichtag (1. 9. 1970) für die Berechnung angenommen werden und die Betrachtung muß notgedrungen von den derzeitigen Gegebenheiten auch für die Zukunft ausgehen, obwohl bereits jetzt zu übersehen ist, daß z. B. die Sonderzuwendung im nächsten Jahr höher sein wird oder daß bis zur Drucklegung dieses Artikels die Postjungboten ebenfalls vermögenswirksame Leistungen erhalten werden. Dienstbezüge sowie Einkommensvorteile im einfachen Dienst abzüglich Steuer ergeben die Nettoeinkünfte. Da der liebe Gott aus dem Leben der Zwillinge nicht verbannt ist, zahlen die beiden neben der Lohnsteuer auch 10 % Kirchensteuer. Das so ermittelte Nettoeinkommen ist in der 2. und 3. Spalte der Tabelle abgedruckt. Um den Rahmen nicht zu sprengen, sind die Zahlenwerte nur auszugsweise für einige Jahre angegeben.

Die Aufrechnung ergibt, daß der höhere Dienst nur rund 84 % mehr verdient, also noch nicht einmal das doppelte Lebenseinkommen wie im einfachen Dienst erzielt wird! Weil aber die heutige Wertschätzung von erst in ferner Zukunft zu erwartenden Einnahmen geringer ist als die für baldige Geldeingänge, ist der Prozentsatz in Wirklichkeit noch erheblich kleiner (sogenannte Abzinsung bzw. Barwert).

*

Ich nehme an, daß der Vater seinem studierenden Sohn das Geld für die Ausbildung geben will. Weil aber noch mehrere Geschwister da sein können, muß das als „vorgezogenes Erbe“ berücksichtigt werden. Es ist dabei nicht unbillig, wenn der Sohn für das Darlehen Zinsen zahlt, denn der Vater muß sein gut angelegtes Vermögen flüssig machen und z. B. achtprozentige Wertpapiere verkaufen. Diese Zinserträge würden beim Erbfall für die anderen Geschwister fehlen. Nur soll weiter angenommen werden, daß der Vater während der Ausbildung seine beiden Jungen finanziell gleichstellen will, damit sie einen gemeinsamen Lebensstandard haben können. Auch der studierende Sohn soll wie sein Bruder sich einen gleichen Urlaub, gleiche Anschaffungen usw. leisten können. Mit anderen Worten: Der Vater will dem Schüler bzw. Studenten den gleichen Betrag zur Verfügung stellen, den sein Bruder als Nettoeinkommen

erhält. (Studiengebühren, Lernmittel usw. sollen nicht gesondert berücksichtigt werden.) Ferner darf später der Bruder im höheren Dienst so lange nur den Lebensaufwand des einfachen Dienstes führen, bis er aus der Differenz zu seinem höheren Gehalt die Schulden zurückgezahlt hat.

Aufgrund dieser Voraussetzung ist die interessante Frage zu stellen: Wann hat der Beamte des höheren Dienstes den Vorsprung seines eher verdienenden Bruders im einfachen Dienst eingeholt? Oder, den gleichen Sachverhalt nur anders ausgedrückt, wann hat der Beamte des höheren Dienstes seine für die Ausbildung gemachten Schulden abgetragen? Ich rechne diese für einen Zinssatz von 8%, von 10% und – des Interesses halber – auch für den Fall aus, daß keine Zinsen verlangt werden (0%). In der Tabelle ist in der 4. Spalte die jährliche Darlehnsaufnahme bzw. die Darlehnsrückzahlung eingetragen; der Betrag ergibt sich aus der Differenz der Nettoeinkommen. Darlehnsaufnahme und Darlehnssumme sind für den Jahresanfang, Darlehnsabtrag und Zinsen für das Jahresende angesetzt.

Hiernach ergibt sich, daß der Beamte im höheren Dienst bei zinslosem Darlehn seine Schulden von rund 67000,- DM mit 35 Jahren, bei 8% Zinsen die Schulden von rund 119000,- DM mit 51 Jahren und bei 10% Zinsen überhaupt nie rückgezahlt haben wird! Im letzten Fall werden nämlich die jährlich zu zahlenden Zinsen im Lauf der Zeit größer als der höchstmögliche Tilgungsbetrag. Der höhere Beamte geht hier mit einer Schuldensumme von 800000,- DM in den Ruhestand, wird mit noch größeren Schulden sterben und hat trotzdem leben müssen wie ein Beamter des einfachen Dienstes.

*

Die Rechnung muß einerseits noch zugunsten des einfachen Dienstes ergänzt werden um Vorteile, die der eine Bruder hat, während der andere noch in der Ausbildung ist. Dies sind Beihilfen in Krankheits- und Geburtsfällen, Unterstützungen, günstige Beiträge zur postalischen Krankenkasse, Umzugskostenerstattung, frühere Anwartschaft auf Altersversorgung, Zulagen für schwierigen Betriebsdienst oder Dienst zu ungünstiger Zeit, preiswerter Aufenthalt in Post-erholungsheimen, Zuschuß zum Mittagessen, Pauschbeträge für Postjungboten bei vollem Einsatz, Weiterzahlung der Dienstbezüge bei Krankheit usw. zugunsten des höheren Dienstes müßte noch die Verminderung der Steuern durch Anrechnung der Schuldzinsen als Sonderausgaben berücksichtigt werden.

Im höheren Dienst ergeben sich andererseits noch Nachteile durch die erforderlichen Versetzungen. Die Wohnung am neuen Dienstort steht nämlich oft erst nach Wartezeiten zur Verfügung, die nicht selten ein bis zwei Jahre betragen. Einmal im Monat gibt es zwar eine Beihilfe zur Familienheimfahrt, weil aber wegen der Eigenarten im höheren Dienst der Familienwohnsitz nur ausnahmsweise der Sitz einer hilfsbereiten Verwandtschaft ist, muß der höhere Beamte sehr viel öfter am Wochenende nach Hause fahren, um Frau und Kindern beizustehen. Die Kosten für solche Fahrten muß er zusätzlich tragen. Zudem ist unter heutigen Verhältnissen die Miete der neuen Wohnung mit Sicherheit höher als die der alten. Frühzeitig ein „Häuschen mit Garten“ zu erwerben bringt Belastungen, deren unmittelbarer Nutzen zunächst fragwürdig ist: Der jüngere höhere Beamte wird es nur wenige Jahre bewohnen können, bis wieder ein Ortswechsel

stattfindet. Wenn auch der Umzug bezahlt wird, so bringt er – finanziell betrachtet – Nachteile, die im allgemeinen auch durch eine Beförderung nicht aufgewogen werden. Hinzu kommt, daß der höhere Beamte oft allein deshalb umziehen muß, um überhaupt befördert werden zu können.

Alle diese Gesichtspunkte lassen sich nur schwierig in Geldbeträgen ausdrücken, und es muß darauf verzichtet werden, alles zu berücksichtigen. Die Rechnung bleibt ohnehin insofern etwas theoretisch, weil für den höheren Beamten die errechneten Belastungen einfach nicht tragbar sind, so daß er alles daransetzen wird und muß, dem errechneten Schuldenberg irgendwie auszuweichen. Das gelingt unter Konsequenzen, die man nicht gutheißen kann. Etwa wird die Ehefrau mitzuarbeiten haben, die Kinder sollen erst später geboren werden, der Student arbeitet während der Ausbildung, braucht daher länger zum Abschluß des Studiums (wer ist schon mit 24½ Jahren Referendar, wie angenommen?), es wird nur das Notwendigste studiert, um gerade eben die Examina bestehen zu können, die Eltern bringen finanziell verlorene Opfer, der Lebensaufwand des einfachen Dienstes muß während der Ausbildung wesentlich unterschritten werden usw. Andererseits wird der Student sich um Stipendien bemühen, z. B. Honnefer Modell oder um die Poststudienförderung. Fast allen diesen Stipendien ist aber eigen, daß entweder entsprechende Bedürftigkeit vorzuliegen hat oder irgendwelche Verpflichtungen einzugehen sind, die die persönliche Entscheidungsfreiheit einschränken. Niemand wird es aber für erstrebenswert halten, daß der höhere Dienst nur unter solchen Bedingungen noch finanzielles Interesse finden kann.

*

Ich fasse zusammen: Der Beamte im höheren Dienst wird ein (Netto-)Lebenseinkommen haben, das erheblich weniger als das zweifache Einkommen des Beamten im einfachen Dienst beträgt. Er wird nur mühsam *das gleiche* Einkommen erzielen können, wenn er seine Ausbildung mit einem üblichen Zinssatz finanzieren will! Wer den Ansatz solcher Zinsen nicht wahrhaben möchte, der gleicht jenen Autobesitzern, die als Betriebskosten nur den Benzinverbrauch rechnen wollen. In wissenschaftlich-methodischer Sicht mag die angestellte Rechnung möglicherweise Mängel haben, weil die Voraussetzungen nicht genügend abgeklärt sind, sie liefert aber in jedem Falle eine hinreichende Vorstellung von den für den höheren Dienst traurigen Verhältnissen. Man wird durch Zugrundelegen anderer Werte oder bei noch genauerer Rechnung Abweichungen von den Zahlenergebnissen erhalten, das Gesamtbild wird sich jedoch nicht wesentlich ändern. Selbst wenn mit dem im Entwurf befindlichen Dritten Besoldungsneuregelungsgesetz Verschiebungen eintreten werden, die die Rechnung, was ihre absoluten Beträge betrifft, zur Makulatur machen, so bleibt doch im Ergebnis alles beim alten: Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Intentionen bleibt der finanzielle Abstand der Laufbahnen praktisch der gleiche und die Nivellierung der Einkommen des höheren Dienstes dauert weiter an.

Sicher ist, daß für den einfachen Dienst eine auskömmliche Besoldung gefordert werden muß. Daß hierfür noch vieles zu tun ist, ergibt sich u. a. aus der 2. Spalte der Tabelle. Ebenso selbstverständlich aber sollte es sein, daß die besonderen Opfer, die im

höheren Dienst gebracht werden, die dort getragene Verantwortung und die zu leistende Tätigkeit angemessen honoriert werden. Die Bezüge im höheren Dienst müssen deshalb in einer vernünftigen Relation zu den Bezügen in den anderen Laufbahnen stehen,

wobei der in jungen Jahren gegebene Einkommensverzicht auszugleichen ist. Daß es auch immaterielle Gesichtspunkte für den höheren Dienst gibt, sei noch einmal ausdrücklich betont; auf eine gerechte Besoldung darf dies aber keinen Einfluß haben.

Alter (vollendetes Lebensjahr)	Nettoeinkommen		Darlehns- aufnahme (+) bzw. Rückzahlung (-) höh. Dienst	Darlehenssumme einschließlich Zinsen		
	Einfacher Dienst	Höherer Dienst		0 %	8 %	10 %
15	2 150,00	—	+ 2 150,00	2 150,00	2 150,00	2 150,00
16	2 487,50	—	+ 2 487,50	4 637,50	4 809,50	4 852,50
17	5 669,40	—	+ 5 669,40	10 306,90	10 863,67	11 007,15
18	7 887,10	—	+ 7 887,10	18 194,00	19 619,87	19 994,96
19	8 918,45	—	+ 8 918,45	27 112,45	30 107,93	30 912,90
20	8 918,45	—	+ 8 918,45	36 030,90	41 435,03	42 922,64
25	11 110,05	11 471,20	— 361,15	67 293,60	99 593,45	109 898,27
30	13 208,85	21 816,85	— 8 608,00	40 040,20	116 498,38	146 478,39
35	13 670,60	24 891,25	—11 220,65	—	118 623,08	181 252,35
40	14 137,70	28 298,05	—14 160,35	—	106 603,45	221 511,70
45	11 685,80	27 886,60	—16 200,80	—	68 278,38	264 868,16
50	11 685,80	29 244,70	—17 558,90	—	2 364,21	324 705,66
55	11 685,80	29 244,70	—17 558,90	—	—	415 742,84
60	11 943,50	29 244,70	—17 301,20	—	—	562 359,14
65	—	—	—	—	—	800 059,44
Lebens-Netto- einkommen	574 233,30 (100 %)	1 058 348,50 (184 %)				

Aus der Arbeit des Hauptvorstandes

Stellungnahme zu Änderungsvorschlägen zum PersVG

Mit Schreiben vom 2. 9. 1970 hat der Hauptvorstand dem Bundesminister des Innern, dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages, den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD sowie den Berufsverbänden eine Stellungnahme zu den Änderungsvorschlägen zum Personalvertretungsgesetz übermittelt (s. auch Nachrichtenblatt Nr. 3/70 S. 56 Ziff. 8). Durchschrift der Stellungnahme ist den Bezirksvereinen zugegangen. Wie uns zahlreiche Schreiben der angegangenen Stellen zeigen, haben unsere Vorschläge einen spürbaren Widerhall gefunden. Der Wortlaut der Stellungnahme ist an anderer Stelle dieser Ausgabe abgedruckt.

Aufstieg in den höheren Dienst

Das BPM beabsichtigt, den Aufstieg von Beamten des gehobenen Dienstes in die Laufbahn des höheren Dienstes neu zu regeln. Es hat uns Gelegenheit gegeben, zu dem Entwurf der vorgesehenen Grundsätze Stellung zu nehmen. Unsere Stellungnahme haben wir mit Schreiben vom 25. 9. 1970 abgegeben. Über den Inhalt werden wir die Bezirksvereine demnächst informieren.

Gespräch des HV mit der niederländischen Vereinigung

Auf Einladung der niederländischen Vereinigung der höheren Postbeamten fand am 18. 6. 1970 ein Ge-

spräch zwischen dem Hauptvorstand (Kutz) und den niederländischen Kollegen im Beisein des damaligen Vizepräsidenten der FEFAS-PTT, Schilly, in Den Haag statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand ein Gedankenaustausch über die Möglichkeit, neben berufspolitischen Problemen auch fachbezogene Fragen im Rahmen der FEFAS-PTT zu behandeln. In der Grundtendenz bestand Einigkeit. Auf der Grundlage dieses Gesprächs hat die niederländische Vereinigung dem Kongreß der FEFAS-PTT in Rom, der bekanntlich vom 1. bis 3. Oktober stattgefunden hat, Vorschläge unterbreitet, die die Billigung der meisten Delegierten gefunden haben. Ein eingehender Bericht über den Kongreß, an dem auch unser 1. Vorsitzender, APr Orth, teilnahm, wird in Kürze in diesem Blatt erscheinen.

Besoldungsneuregelung

Die Deutsche Postgewerkschaft hatte in ihrem Organ „Deutsche Post“ vom 5. 7. 1970, S. 398 ff. und vom 5. 8. 1970, S. 412 ff. ihre Vorschläge und die des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Fortsetzung der Besoldungsneuordnung ab 1. 1. 1971 veröffentlicht.

Die DPG und der DGB forderten darin für den höheren Dienst als Eingangsamt die BesGr A14, eine Regelbeförderung nach A15 drei Jahre nach der Anstellung und für die BesGr A16 eine Quote von 10 Prozent der Planstellen der gesamten Laufbahngruppe.

Mit Schreiben vom 22. 9. 1970 an die DPG haben wir zu diesen Vorschlägen Stellung genommen und dabei die beiden erstgenannten Vorschläge begrüßt. Dagegen haben wir unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die geforderte Quote in A 16, dem einzig dann noch verbleibenden Spitzenamt des höheren Dienstes in der Besoldungsordnung A, nicht ausreiche, um einen vernünftigen Aufbau der Führungsspitze sicherzustellen. Darüber hinaus stelle dieser geforderte v.H.-Satz eine weitere klare Benachteiligung des höheren Dienstes gegenüber dem gehobenen Dienst dar, für dessen BesGr A 12 — die der BesGr A 16 vergleichbar ist — der DGB 30 v. H. forderte.

Die DPG hat in ihrer Erwiderung vom 20. 10. 1970 darauf hingewiesen, ihre Forderungen seien davon ausgegangen, daß es gelingen würde, die Besoldungsordnung B für den höheren Dienst stärker zu öffnen. Bei Vergleichen mit dem gehobenen Dienst dürften auch die Anteile des höheren Dienstes in der Besoldungsordnung B, die man als Ausgleich für die Verzahnung in den anderen Laufbahngruppen anzusehen habe, nicht außer Betracht bleiben. Zur Zeit ergebe sich bezogen auf die Innen- und Außenverwaltung für den höheren Dienst im Vergleich zum gehobenen Dienst folgende Ausgangslage in der Stellenschichtung:

Höherer Dienst:		Gehobener Dienst:	
BesO B	6,30 %	A 13	2,56 %
A 16	7,29 %	A 12	10,45 %
A 15	20,98 %	A 11	29,78 %
A 13/14	65,43 %	A 9/10	57,21 %
	<u>100,00 %</u>		<u>100,00 %</u>

Falls die von ihr geforderte beträchtliche Erweiterung des Überwechsels in die Besoldungsordnung B sich nicht realisieren lasse, werde die DPG für den höheren Dienst eine stärkere Quote in A 16 nachdrücklich fordern. Die Beamten des höheren Dienstes — so wurde abschließend versichert — könnten sicher sein, daß die DPG bei der Aufstellung und Durchsetzung ihrer Besoldungsforderungen die Interessen aller bei der DBP vorhandenen Laufbahnen nachdrücklich vertrete.

Im übrigen ist zur Besoldungssituation festzustellen, daß der im Bundesinnenministerium erarbeitete Rohentwurf eines 3. Besoldungsneuregelungsgesetzes, der für den höheren Dienst die Anstellung in A 14 und eine Verbesserung des Stellenschlüssels in A 15/16 von 28 % auf 32 % (A 16 = 7 %, A 15 = 25 %) vorsah, zur Zeit aus konjunkturpolitischen Gründen nicht mehr weiterverfolgt wird. Wahrscheinlich wird zum 1. 1. 1971 nur mit einer linearen Besoldungserhöhung und — wenn überhaupt — sehr geringfügigen strukturellen Verbesserungen zu rechnen sein.

Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes

Am 30. Oktober 1970 fand in Bonn—Bad Godesberg eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes statt, an der in Vertretung des verhinderten Verbindungsmannes, MinDirig Dr. Kohl, unser Geschäftsführer, OPR Paffen, teilnahm. Tagungsordnungspunkte waren: Neuordnung des öffentlichen Dienstrechts, allgemeine Besoldungssituation, Entwurf eines 3. Besoldungsneuregelungsgesetzes, Vorschläge zur Neuordnung des Personalvertretungsrechts sowie Fragen der inneren Organisation der

Arbeitsgemeinschaft. Im einzelnen werden wir über diese Sitzung in der nächsten Ausgabe berichten.

Termine des HV

Mitte November wird ein weiteres Gespräch des HV mit Vertretern der Abteilung III des BPM stattfinden.

Die nächste Sitzung des HV ist für den 27. November 1970 nach Düsseldorf anberaumt worden. Tagesordnungspunkte werden u. a. sein: Neuorganisation des BPM (zukünftige Generaldirektion) und der OPDn (mit Kurzbericht des Leiters der „Zentralen Projektgruppe“, MinR Kretschmann), Besoldungsneuordnung sowie Reform des öffentlichen Dienstrechts.

Stellungnahme zu den Änderungsvorschlägen zum Personalvertretungsgesetz des Bundes

Unter dem Bekenntnis unseres Volkes zur freiheitlichen Demokratie wird in zunehmendem Maße nicht nur der Wunsch, in einer bestimmten Staatsform zu leben, verstanden. Man will Demokratie grundsätzlich in allen Lebensbereichen, die sich dafür eignen. Auch innerhalb des Betriebsunternehmens Bundespost ist dieser Wunsch unter dem Begriff „Mitbestimmung“ in letzter Zeit zu einem zentralen Thema geworden.

Die Vereinigung der höheren Postbeamten, die als berufsständische Organisation den weitaus größten Teil der Beamten des höheren Dienstes der DBP zu ihren Mitgliedern zählt, hat sich zunächst mit den Problemen befaßt, die sich aus dem Auftrag des Bundestages an die Bundesregierung und aus den bereits vorliegenden, unterschiedlichen Vorschlägen der Parteien und Berufsverbände zur Novellierung des PersVG für die Deutsche Bundespost und ihre Führungskräfte ergeben. Sie hat dann ihren Standpunkt überprüft und mußte dabei die Zwitterstellung der Beamten des höheren Dienstes berücksichtigen. Alle Führungskräfte haben sicher zunächst die Interessen, Pflichten und Rechte der Unternehmensführung — des Arbeitgebers — zu vertreten, sie haben aber als Bedienstete andererseits auch ein Recht, daß ihre Interessen als Arbeitnehmer gewahrt werden.

Die Fortentwicklung der Demokratie im Bereich des Arbeitslebens erschien uns aus beiden Blickwinkeln notwendig, weil die stärkere Betonung der Persönlichkeitsrechte erforderlich ist, wenn in einer immer mehr von der Technik bestimmten Umwelt die Menschenwürde erhalten werden soll. In diesem Zusammenhang erscheint uns eine sinnvolle Erweiterung der Beteiligungsrechte der Personalvertretung als eine notwendige Folge des großen gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozesses.

Zu den allgemein diskutierten Problemkreisen, die uns besonders berühren, bemerken wir folgendes:

1. Eine Erweiterung der Mitbestimmung vergrößert die Rechte der PersV und gibt ihr damit einen stärkeren Einfluß auf die Willensbildung der Verwaltung mit ihren z. Z. weitgehenden Auswirkungen auf personellem, sozialem und organisatorischem Gebiet. Mit der erweiterten Mitbestimmung ist deshalb untrennbar eine gesteigerte Mitverantwortung der PersV verbunden. Dies sollte auch im Gesetz zum Ausdruck kommen, um sicherzustellen, daß die Entscheidungen der PersV stets im Bewußtsein der Mitverantwortlichkeit an den Maßnahmen der Verwaltung getroffen werden.

Eine weitergehende Mitbestimmung und eine größere Mitverantwortung setzen voraus, daß die PersV sich

aus Mitgliedern zusammensetzt, die entsprechend qualifizierte Entscheidungen zu treffen vermögen.

2. Einer der Vorschläge zur Novellierung des PersVG sieht vor, daß der PersR bei Besetzung von Stellen in der Personalführungsebene mitbestimmen soll.

Die Mehrheit unserer Mitglieder hat sich eindeutig gegen eine solche Regelung ausgesprochen. Es muß dem Dienstherrn vorbehalten bleiben festzulegen, welche Fähigkeiten und Leistungen von dem Stelleninhaber zu fordern sind.

Allein dem Dienstherrn obliegt es, darüber ein Werturteil abzugeben, ob der Grad der Leistungen potentieller Stellenanwärter diesen Anforderungen entspricht.

Überdies ist nicht auszuschließen, daß der auf die vorgeschlagene Weise ausgewählte und mit den Aufgaben der Stelle betraute Beamte sich innerlich von der PersV, d. h. der Vertretung auch des Personals, dem der Beamte vorstehen soll, abhängig fühlt.

Diese Gefahr läßt Zweifel aufkommen, ob der Beamte noch vorurteilsfrei und losgelöst von berufspolitischen Absichten seine Entscheidungen zu treffen und seine Pflichten zu erfüllen vermag.

Sofern doch die Absicht verfolgt werden sollte, das PersVG dem Vorschlag entsprechend zu novellieren, halten wir es für unbedingt erforderlich, die unter diese Regelung fallenden Stellen so eindeutig zu umschreiben, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist. In einem solchen Falle halten wir es für ausreichend, wenn die Beteiligung des PersR auf die Besetzung herausgehobener Stellen begrenzt bleibt und der PersR nur nach Maßgabe des §71 Abs. 2 des geltenden PersVG die Zustimmung versagen darf.

3. Als Arbeitnehmer wollen auch die höheren Beamten mitbestimmen bei Unternehmensentscheidungen und in Angelegenheiten, die sie selbst betreffen. Das ist jedoch nur zu erreichen, wenn sie im PersR vertreten sind.

Nach geltendem Recht ist es zwar möglich, daß ein Beamter des höheren Dienstes Mitglied der PersV wird. Jedoch sieht das Gesetz nur eine Zusammensetzung des PersR nach geschlossenen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengruppen vor. Da der höhere Dienst gegenüber den übrigen Laufbahngruppen nur einen sehr geringen Anteil am Gesamtpersonalkörper darstellt, haben sich in der Praxis die Aussichten für den höheren Bea in die PersV gewählt zu werden, als sehr gering erwiesen. Deshalb werden häufig Entscheidungen im Unternehmensbereich und in Angelegenheiten der Beamten des höheren Dienstes getroffen, ohne daß ein Beamter des höheren Dienstes seine Meinung äußern konnte. Wir meinen, daß ein solches Verfahren nicht mit demokratischen Grundsätzen vereinbar ist.

Um sicherzustellen, daß die Interessen aller Bediensteten gewahrt werden, halten wir es für erforderlich, daß die Laufbahngruppen in den Stufenvertretungen vertreten sind.

4. Aus der Sicht des Arbeitgebers betrachtet muß eine Novellierung des PersVG den Besonderheiten des Dienstleistungsunternehmens DBP besonders Rechnung tragen.

Die Deutsche Bundespost dient vorrangig der staatlichen Daseinsvorsorge. Sie unterliegt aus diesem Grunde anderen Gesetzmäßigkeiten als die Verwal-

tungen, die in erster Linie die öffentliche Ordnung zu regeln haben oder den Rechtsschutz des Staatsbürgers gewährleisten sollen.

Die Deutsche Bundespost ist bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zunächst an die berechtigten Forderungen der Postbenutzer gebunden. Als öffentliches Unternehmen ist sie aber auch ihren rd. 475 000 Mitarbeitern im sozialen Bereich besonders verpflichtet und hat insoweit auch nach außen hin ein Beispiel zu geben. Daraus ergibt sich im täglichen Arbeitsablauf ein stetiges Spannungsverhältnis. Die meisten Aufgaben der Deutschen Bundespost sind naturgemäß kurzfristig zu erledigen und zwingen daher zu schnellen Entscheidungen auf personellem, sozialem und organisatorischem Gebiet. Wegen der engen Verflechtung innerbetrieblicher Entscheidungen mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Postkunden sollten die Beteiligungsrechte des Personals so gestaltet werden, daß die berechtigten Interessen der Öffentlichkeit nicht unzumutbar beeinträchtigt werden. Bei der Novellierung des PersVG müssen deshalb Regelungen vermieden werden, die nur schwer zu praktizieren sind oder sich hemmend auf den Betriebsablauf auswirken können.

Diese Forderungen werden nur erfüllt, wenn folgende Überlegungen bei der Novellierung des PersVG berücksichtigt werden:

a) im formellen Bereich

Die Zuständigkeit des Vorstands der PersV muß – insbesondere bei eilbedürftigen Entscheidungen – erweitert werden, damit nicht für jede beteiligungspflichtige Angelegenheit der gesamte PersR einberufen werden muß und wertvolle Zeit verloren geht.

Im Mitbestimmungs- und Mitwirkungsverfahren dürfen die Fristen für eine Äußerung der PersV nicht verlängert und keine zusätzlichen Instanzen geschaffen werden.

b) im personellen Bereich

Die Beteiligungsrechte der PersV müssen so ausgestaltet werden, daß betriebsbedingte, insbesondere zeitlich kurze Veränderungen im Personaleinsatz, die die Rechte des Personals nicht unzumutbar beeinträchtigen, möglich bleiben.

Mit Sicherheit würde sich der Betriebsablauf in einem Dienstleistungsunternehmen zu schwerfällig gestalten, wenn die Mitwirkung in Personalangelegenheiten der Beamten ohne Einschränkung auf Abordnung und Übertragung eines anderen Dp erweitert würde.

Unter Abwägung der Interessen der Verwaltung und der des Personals halten wir es für möglich und gerechtfertigt, wenn die PersV bei Abordnungen und Übertragung eines anderen Dp innerhalb derselben Dienststelle erst mitwirkt, wenn die Abordnung länger als 3 Monate dauern oder in eine Versetzung übergehen und wenn im anderen Fall dem Bea ein höher oder niedriger bewerteter Dp übertragen werden soll.

Entsprechendes gilt für die Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der Ang und Arbeiter, soweit sie auf Abordnung und Übertragung einer anderen Tätigkeit erweitert werden sollte.

Im übrigen halten wir die Mitwirkung für eine ausreichende Beteiligung der PersV in Personalangelegenheiten der Beamten.

c) im sozialen Bereich

Nach wie vor muß die Festsetzung von Mehrarbeit jedenfalls insoweit beteiligungsfrei bleiben, als sie nicht voraussehbar kurzfristig angeordnet werden muß, um plötzlich auftretende Verkehrsspitzen abzubauen.

d) im organisatorischen Bereich

Wir halten es, insbesondere in den Fällen des §73 PersVG nicht für vertretbar, die Beteiligung der PersV als Mitbestimmung auszugestalten.

Zwar ist einzuräumen, daß sich organisatorische Maßnahmen häufig erheblich auf das Personal auswirken. Dennoch haben sich Entscheidungen auf diesem Gebiet vor allem zu orientieren an dem Allgemeinwohl, dem eine Priorität gegenüber den Belangen des Personals zukommt. Wegen möglicher — objektiv zumutbarer — nachteiliger Auswirkungen auf das Personal könnte eine Mitbestimmung dazu führen, Maßnahmen zu vermeiden, die im Interesse der Allgemeinheit liegen. Organisatorische Maßnahmen sind im allgemeinen ein Ausfluß der Unternehmenskonzeption und der Organisationsgewalt der Verwaltung, in deren Bereichen sich eine Mitbestimmung hemmend auswirken würde.

Die PersV hat nach unserer Meinung durch die Mitwirkung nach §73 PersVG in diesem Bereich ausreichende Einwirkungsmöglichkeiten.

Soweit organisatorische Entscheidungen personelle Veränderungen nach sich ziehen, wie Abordnung, Versetzung, Kündigung usw., bleiben die Interessen des Personals durch die Beteiligungsrechte der PersV in Personalangelegenheiten gewahrt.

5. Neben diesen materiell-rechtlichen Problemen, die eine Erweiterung der Beteiligungsrechte der PersV aufwirft, sehen wir Veranlassung, noch auf einige damit im Zusammenhang stehenden formelle Fragen einzugehen:

a) Der §8 PersVG legt fest, daß grundsätzlich der Leiter der Dienststelle der Partner der PersV ist. Er kann sich durch seinen ständigen Vertreter vertreten lassen.

Nach unserer Meinung würde es modernen Organisationsgrundsätzen zuwiderlaufen, wenn das Recht des Leiters einer Dienststelle, einen Dritten mit den Verhandlungen zu betrauen, noch eingeschränkt würde. Unsere Vorstellungen gehen hier über die jetzige Regelung hinaus, weil sich in der Wirtschaft und der Industrie mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß herausgehobene

Führungskräfte sich auf ihre ureigensten Führungs- und Entscheidungsaufgaben beschränken sollten. Diese Erkenntnis zwingt uns dazu, künftig noch viel mehr Aufgaben und Verantwortungen auf nachgeordnete Führungskräfte zu delegieren. Die öffentlichen Verwaltungen dürfen sich diesem Trend nicht verschließen, wenn sie wirtschaftlich arbeiten sollen. Das gilt insbesondere für die öffentlichen Dienstleistungsbetriebe, die nach ihrer Struktur den Wirtschaftsunternehmen sehr ähnlich sind. Wir meinen, daß diese Entwicklung ihren Niederschlag auch in dem PersVG finden sollte.

Dem Leiter der Dienststelle sollte ausdrücklich das Recht zugestanden werden, bestimmte Verhandlungen mit der PersV auf nachgeordnete Führungskräfte zu delegieren. Er sollte sich darauf beschränken können, selbst nur dienstliche Vorgänge von Bedeutung mit der PersV zu beraten.

Die Rechte der PersV werden nach unserer Meinung durch eine solche Regelung nicht beeinträchtigt. Sie verstieße nicht gegen den Grundsatz, daß der Leiter der Dienststelle der Gesprächspartner der PersV ist. Leiter der Dienststelle und PersV hätten weiterhin die Möglichkeit, in den nach §55 Abs. 3 PersVG vorgesehenen monatlichen Besprechungen auch die zwischen PersR und nachgeordneten Führungskräften behandelten Angelegenheiten — soweit notwendig — zu besprechen.

Die vorgeschlagene Regelung entspricht im übrigen weitgehend der jetzt schon geübten Praxis.

b) Es wird auch künftig erforderlich sein, daß sich die Personalvertretungen aus unmittelbar von der Belegschaft gewählten Vertretern des Betriebes, die ihren Wählern verpflichtet sind, zusammensetzen.

Die direkte Einwirkung von Berufsverbänden auf die Entscheidung der Personalvertretungen sollte auch in Zukunft nicht vorgesehen werden.

c) Die Bestimmungen der §§70 und 71 PersVG sollten nicht für die in §36 Abs.1 des BBeaG genannten Beamten und Beamtenstellen der Besoldungsordnung B gelten.

Wir haben bei den Überlegungen, die wir bei Novellierung des PersVG zu berücksichtigen bitten, bewußt nur die Probleme angesprochen, die sich bei Erweiterung der Beteiligungsrechte im Bereich der DBP ergeben. Sollte der zu erwartende Referentenentwurf eines neuen PersVG uns dazu Veranlassung geben, werden wir uns erlauben, zu den beabsichtigten Änderungen einzeln Stellung zu nehmen.

Persönliches

Bundesminister Leber 50 Jahre

Am 7. Oktober 1970 vollendete Bundesminister Leber das 50. Lebensjahr. Ausgestattet mit unermüdlicher Schaffenskraft widmet er sich seit einem Jahre der doppelten Aufgabe als Verkehrs- und Postminister. Eines der schwierigsten Probleme im neuen Lebensjahre wird die Überleitung der Post in ihre neue

Unternehmensverfassung sein. Fragen der Mitbestimmung stehen ebenso zur Debatte wie die 3. Novelle zum Besoldungsgesetz. In jedem Falle wird Bundesminister Leber uns auch weiterhin als unser verantwortlicher Minister und Leiter des politischen Geschehens verbunden bleiben. Wir wünschen für das neue und weitere erfolgreiche Lebensjahre gute Ge-

sundheit und auch für die Zukunft die Aufgeschlossenheit für unsere Belange, wie sie in der Besprechung vom 26. Juni 1970 zum Ausdruck gekommen ist.

Ministerialdirektor Josef Distel 60 Jahre

Herr Distel wurde am 30. 9. 1910 als Sohn eines Landwirts in Hochemmingen, Bezirk Donaueschingen, geboren. Er besuchte dort die Volksschule und anschließend die Oberrealschule in Lahr (Baden), an der er im Jahre 1930 die Reifeprüfung bestand. Dann widmete er sich an der Universität in Freiburg im Breisgau dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und bestand am 14. 4. 1934 die erste juristische Staatsprüfung mit gutem Ergebnis. Seinen juristischen Vorbereitungsdienst absolvierte er im Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe. Die Große Staatsprüfung bestand er am 5. 11. 1937 ebenfalls mit dem Prädikat „gut“.

Den Weg zur Post fand Herr Distel durch Umstände, die in den damaligen politischen Verhältnissen begründet waren, erst nach Betätigung in der freien Wirtschaft. Nach vorübergehender Tätigkeit als Rechtsanwaltvertreter in Mannheim und bei einer Steuerberatungsgesellschaft in Magdeburg trat Herr Distel am 28. 12. 1939 als Postassessor bei der RPD Stuttgart in den Postdienst ein. Zu diesem Zeitpunkt stand er bereits im Kriegswehrdienst. Seine Anstellung als Postrat erfolgt am 2. 11. 1941. Nach der Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft nahm er am 1. 9. 1945 seinen Dienst bei der OPD Stuttgart wieder auf. Von 1946 bis 1949 war er zum Verkehrsministerium Württemberg-Baden abgeordnet. Im Oktober 1950 wurde Herr Distel zum Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen berufen. Am 1. 8. 1951 erhielt er seine Ernennung zum Oberpostrat unter gleichzeitiger Versetzung zum BPM. Herr Distel war vom 1. 11. 1951 bis zum 30. 11. 1965 zum Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft beurlaubt, wo er in den letzten Jahren als 2. Vorsitzender tätig war. Nachdem er am 1. 2. 1965 zum Oberpostdirektor ernannt worden war, übernahm er am 1. 12. 1965 im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen das Referat für Arbeits- und Tarifrecht. Unter Ernennung zum Ministerialdirigenten wurde ihm am 1. 8. 1968 eine Unterabteilung in der Personalabteilung des BPM übertragen. Nach dem Tode von Ministerialdirektor Schneider übernahm Herr Distel im September 1969 die Leitung der Personalabteilung im BPM. Auf diesem

Dienstposten wurde er am 1. 10. 1969 zum Ministerialdirektor befördert. Neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit war Herr Distel viele Jahre ordentliches Mitglied des Bundespersonalausschusses. Von 1954 bis 1968 gehörte er dem Verwaltungsrat der DBP an. Zur Zeit ist Herr Distel Vorsitzender des Prüfungsausschusses für die Große Staatsprüfung. Herr Distel hat bei besonderer Aufgeschlossenheit für die Fortentwicklung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums immer das rechte Gefühl für das dabei Mögliche, Erreichbare und Vertretbare gehabt. Keinem Mitarbeiter hat er je Rat und Hilfe aus seinem reichen Erfahrungsschatz versagt; er selbst hat immer



wieder das Gespräch mit seinen Mitarbeitern gesucht. Der Bundespräsident hat dem verdienten Beamten in Anerkennung seiner besonderen Leistungen im September 1969 das Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Unsere Wünsche für die kommenden Jahre gelten dem rüstigen Sechziger, der, aufbauend auf langer erfolgreicher Tätigkeit in der Postgewerkschaft, jetzt an herausgehobener Stelle die Personalangelegenheiten im Ministerium leitet.

Oberpostrat Hans Gerlach

1921 bis 1945 Amtsvorsteher der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen

Ein erfolgreicher Rebell der zwanziger Jahre

Otto Lemke, Postrat a. D., Darmstadt

(Fortsetzung aus dem vorigen Heft)

Die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen bestand aber nicht nur aus einem Amtsvorsteher, seiner Gattin und prominenten Funkern wie Hannemann, Dr. Steudel, Herzog und dem dicken und dünnen Vraný von Lorenz, Kummerer und Buschbeck von Telefunken und Ganswindt und Dr. Matthis von Siemens oder Pohontsch

und Harder vom Großsenderlaboratorium Zeesen oder Dr. Meier-Delius von Brown Boveri. Für Hans Gerlach mußten auch einige Kräfte „Dienst“ tun, denn ein Amtsvorsteher ohne Kräfte stände vollkommen allein da. Für den Reinigungsdienst, für den Pförtnerdienst, für die Hausverwaltung, für das Lager, für das Amts-



Der Funkerberg von Königs Wusterhausen

Im Vordergrund das ehemalige Kasernengelände mit Kaserne, Kammergebäude, Schmiede, Werkstatt, Stallungen und Reithalle.

Rechts der Wasserturm von Königs Wusterhausen. In der Mitte das Stationshaus 1.

Links vom Verwaltungsgebäude liegt die Maschinenhalle.

Zwischen der Kaserne und dem Stationshaus sind die beiden Baracken zu erkennen, in denen Rittmeister von Lepel seine Funkversuche durchführte.

Im Hintergrund Wildau (links) und Niederlehme (rechts), ferner die Dahme mit der Seenkette.

zimmer, für die Hauptkasse mußten Kräfte vorhanden sein. Dann gab es die Senderhalle, die anfangs nicht einmal mit so viel Sendern ausgestattet war, wie eine Hand Finger hat. Dann waren in einem eigenen Elektrizitätswerk drei Dieselmotoren aufgestellt, die den Strom für die Senderanlage und für das Stationshaus prompt lieferten, wenn sie nett gepflegt und gefüttert wurden. Schließlich wurden Mechaniker gebraucht, die das alles in Ordnung brachten und auch zu bringen hatten, was die Senderbeamten tagsüber und gar nachts kaputt gemacht hatten. Auch eine technische Stelle mit einem technischen Oberaufsichtsbeamten mußte vorhanden sein.

Hans Gerlach fand bei seiner Amtsübernahme am 1. Februar 1921 eine gute Mischung von Fachkräften vor, zum großen Teil Kräfte, die während des Krieges als Soldat auf der Station und jetzt als Beamter Dienst verrichteten. Unter dem Personal, das *Hans Gerlach* bei der Amtsübernahme zur Verfügung stand, befand sich *Erich Schwarzkopf*, ein Zivilanwärter mit sehr gut fundierten Kenntnissen auf dem Gebiet der Elektrotechnik, mit einem fabelhaften Musikwissen, alles in allem ein technischer Künstler und gleichzeitig ein künstlerischer Techniker, ein Mann, der durch sein Können und Wissen und durch seine epochemachenden Versuche, Leistungen, Erfindungen und Erfolge die vorgesetzten Dienststellen, nämlich die Oberpostdirektion Berlin und das Funkbetriebsamt, oft genug in Verlegenheit, vielleicht sogar in Aufruhr brachte. ein kleiner Rebeller II., aber sein Chef *Hans Gerlach*, der Rebeller I., unterstützte ihn unermüdlich bei seinen vielfältigen Vorhaben und ermunterte ihn immer wieder zu neuen Überlegungen und Versuchen.

Hans Gerlach übernahm jederzeit die Verantwortung für das, was *Erich Schwarzkopf* gemacht hatte. Die

kommenden 50-Jahr-Gedenktage werden viele, viele Dinge verherrlichen und mit einem Glorienschein umgeben. Das soll durchaus geschehen. Aber dabei soll man den „Kleinen Mann“ nicht vergessen, der durch sein Tun und Handeln, durch seine schöpferische Arbeit und durch seine unendliche Ausdauer wertvolle Hilfsdienste leistete. Leider, leider können diese Hilfsdienste, die in der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen in der Vorrundfunkzeit für den Rundfunk geleistet worden sind, viel zu leicht vergessen werden. Wie lange wird es noch dauern, gibt es keine Ohren-, Augen- und Tatzeugen mehr für die Taten vor fünf Jahrzehnten. Dann gelten nur die schriftlichen oder gedruckten Berichte. Etwa vielleicht die Bemerkungen, die erst vor knapp 15 Jahren in einer Zeitschrift zu finden sind, daß die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen u. a. die Telefonesender dazu benutzt habe, an Sonntagen spaßeshalber Musiksendungen auszustrahlen, ja daß diese Sendungen die Großfunkstellen und die Seeschiffe nur von ihrer eigentlichen Aufgabe abgehalten hätten.

Natürlich hatte *Hans Gerlach* in der Vorrundfunkzeit Dinge selbst gestaltet oder durch *Erich Schwarzkopf* gestalten lassen, die die Oberpostdirektion Berlin oder das Funkbetriebsamt, das spätere Telegrafentechnische Reichsamt, gar nicht genehmigt hatte und in vielen Fällen aus innen- oder außenpolitischen Gründen gar nicht genehmigen durfte. Was der Rebelle *Hans Gerlach* machte, soll „leider sehr zum Ärger der vorgesetzten Stellen geschehen sein“, heißt es vor knapp anderthalb Jahrzehnt in einem Aufsatz. Wenn es aber der Obrigkeit darum ging, den Gedanken des Rundfunks der Öffentlichkeit zu präsentieren, konnte und mußte die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen die schwierigsten Sachen machen. Hier nur einige wenige Daten. Am 22. Dezember 1920 veranstaltete

Erich Schwarzkopf im Stationshaus 1 das erste Weihnachts-Instrumentalkonzert und strahlte es mit einem „gar nicht vorhandenen Sender“ aus. Erinnert sei auch an das Konzert zu Ostern 1921, an die erste elektrische Schallplattenübertragung im Frühjahr 1923, an die Sonntagskonzerte seit Mai 1923 und an viele andere bedeutsame Ereignisse der damaligen Zeit.

Eine Musikdarbietung sollte *Hans Gerlach* „ohne einen gar nicht vorhandenen Sender“ ausstrahlen! Kunststück oder Zauber oder Bluff? Die Sendung wurde gestaltet und ausgestrahlt, aber der Sender, der das bewerkstelligt hatte, war „doch gar nicht vorhanden“! Die höchsten Postdienststellen waren über den Erfolg einer derartigen musikalischen Rundfunkdarbietung sehr, sehr zufrieden. Und die postalischen Schnüffler? Sie fanden bei ihrer Visite quer durch die Stationshäuser der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen nicht den Sender, mit dem ein Konzert drahtlos übertragen worden war. *Hans Gerlach* ließ nämlich jedesmal, wenn eine derartige Visite über die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen hereinzubrechen drohte, alles wegräumen. *Erich Schwarzkopf* hatte genügend Erfahrungen gesammelt, wie das am zweckmäßigsten bewerkstelligt werden konnte. Befanden sich die Visiteure, erschöpft und ermüdet von ihrer stundenlangen und gründlichen Visiterei, wieder auf dem Wege zum Bahnhof Königs Wusterhausen, dann konnte in der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen erneut und mit einem guten Schuß neuer Erkenntnisse und Erfahrungen weiter und intensiver gebastelt werden. Die nächsten Konzertsendungen sollten doch noch besser, reiner und günstiger den Empfänger erreichen. *Erich Schwarzkopf* hatte sein eigenes Aufnahmeverfahren geschaffen, seine eigenen Modulationsgeräte mit neuartigen Schaltungen entwickelt und seinen später so berühmt gewordenen Eigenbau-sender aus alten Bestandteilen und organisierten Zutaten aufgestellt.

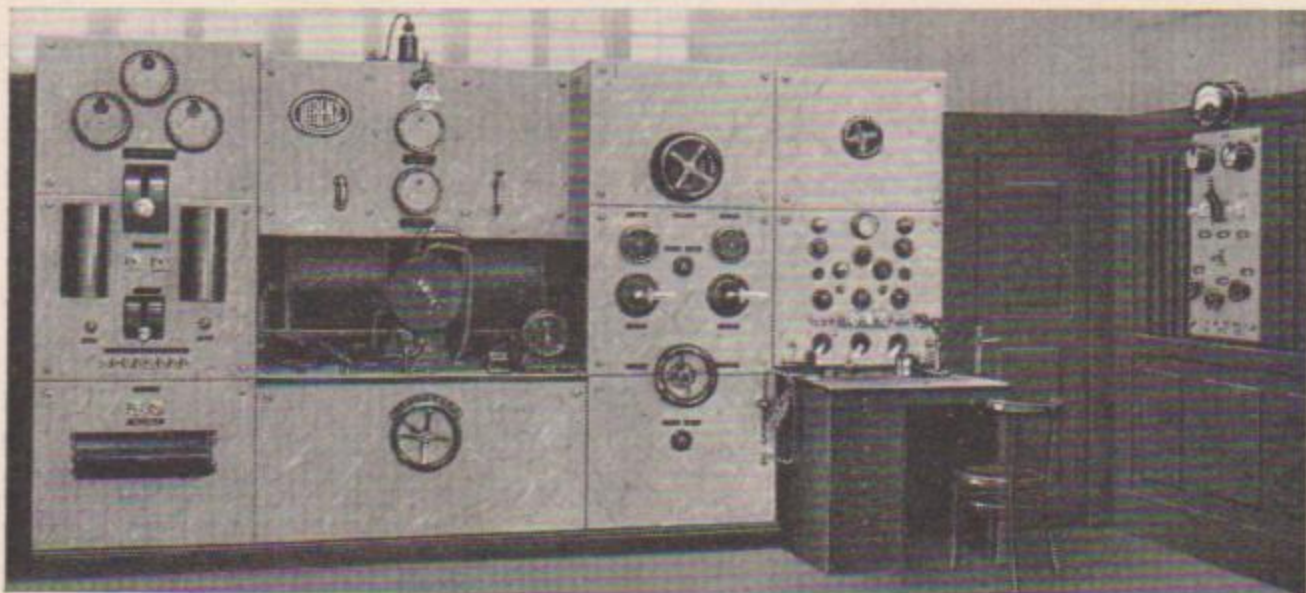
Der Rebell *Hans Gerlach*, immer zu großen und größten Späßen aufgelegt, strahlte, wenn eine draht-

lose Musiksending ohne Panne geglückt war. Er strahlte aber auch, wenn ein Visiteur hinauskomplimentiert worden war, besonders wenn ein Visiteur, der sich nicht tagsüber angemeldet hatte, in der nächtlichen Geisterstunde über den hohen Drahtzaun geklettert war und am Stationshaus 1 durch die offenen Kellerfenster Einlaß begehrte, was ihm nicht gestattet wurde, so daß er den Rückzug über den Drahtzaun zum Hotel antreten mußte. Als um acht Uhr der Zaungast wiederum aufkreuzte, konnte er ungestört das Pförtnerhaus passieren und mit dem gut gelaunten Amtsvorsteher verhandeln. Auch dann strahlte *Hans Gerlach*, wenn er einen ganz offiziellen Ruffel von seiner Oberpostdirektion erhalten hatte. Doch diese Ruffel, Rügen, Ermahnungen und Vorhaltungen offenbarten nur die Kompetenzschwierigkeiten und Kompetenzstreitereien zwischen dem Funkbetriebsamt und der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen. Beide Stellen bemühten sich gewiß eifrig und ehrlich, die Sprache und Musik vom Mikrofon bis zur Antenne verzerrungsfrei zu übertragen. In Berlin mußten die technischen und betrieblichen Voraussetzungen für derartige Versuche von Fall zu Fall geschaffen werden und die geldlichen Mittel – in sehr bescheidenen Grenzen – beantragt, genehmigt und bereitgestellt werden, und das in einer Zeit der Geldentwertung, in der der Wert eines Geldscheines von Tag zu Tag geringer wurde. In der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen sah es ganz anders aus. Dort gab es Altmaterialien in Hülle und Fülle. Auch ein großes Aufgebot von neuzeitlichen Sendern aller Art stand zur Verfügung. Sie wurden nicht täglich 24 Stunden für den Betrieb gebraucht. In den Nächten und an Sonntagen konnten *Hans Gerlach* und *Erich Schwarzkopf* mit ihren Mannen neue Ideen in die Tat umsetzen.

Jede schöpferische Tätigkeit (heutzutage: hobby!?) muß schon „spañeshalber“ erfolgen, wenn das Ziel erfolgreich erreicht werden soll. Der Rebell *Hans Gerlach* und seine Mitarbeiter waren unermüdlich tätig. Sie hatten günstige technische und betriebliche



Eins der Kellerfenster, durch die ein Außenstehender weit in die Funkerherzen gucken konnte. Im Vordergrund kleinere Telefunken-Röhrensender für den europäischen Funkverkehr um 1922.



Ein Lorenz-Lichtbogensender im Stationshaus 1.

Drei Telefunken-Röhrensender für Telefonie und Rundfunk im Senderhaus 3



Voraussetzungen, jedenfalls erheblich günstigere Voraussetzungen als das Funkbetriebsamt. In fünf Minuten hatten alle Beteiligten entweder die Wohnung oder die Räume im Stationshaus 1 erreicht. Sie konnten auch leistungsfähigere Sender für ihre Versuche einsetzen und dadurch Empfangsstellen im größeren Umkreis erreichen. Gewiß, das Funkbetriebsamt hatte 1920/21 einen Sprechsender, mit dem zur Mittagszeit Börsennachrichten an Berliner Funkempfangsstellen (Fernsprechämter, Bankgeschäfte usw.) durchgegeben wurden. Der Sender stand zusammen mit dem Mikrophon auf dem Tisch. Belangloser Text, Börsennachrichten, das waren die Themen. Für Humor war keine Zeit und kein Platz. Wehe, wenn ein Sprecher etwa einen ganz kleinen Scherz machte und z. B. die Aufnahmebeamtin eines Fernsprechamtes drahtlos aufforderte, doch nicht wieder so nervös bei der Aufnahme der Börsennachrichten zu sein, dann gab es „lange Gesichter“. Für Humor war wirklich kein Platz. Die Würde und das Amtliche beherrschten das Feld. Ganz anders war die Auffassung in der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen. Dort wurde auch belangloser Text vorgelesen. Es wurde aber dazwischen ein Liedchen gepfiffen. Ein Witz wurde erzählt. Es wurde Musik gemacht. Alles war freier und natürlicher. Und die Sender? Sie hatten eine fünfmal oder gar zehnmals größere Röhrenleistung als der Funkbetriebsamtsender! Und die Empfangsstellen?

Nur Hörer aus dem Ausland konnten den Empfang der musikalischen Sendungen aus Königs Wusterhausen bestätigen. In Deutschland gab es keinen „Rundfunk“, und infolgedessen gab es auch keine „Rundfunzhörer“. Das Abhören war verboten und wurde bestraft. Wer wollte sich in der damaligen Zeit einem Strafverfahren aussetzen? Die Studenten an den Universitäten und Technischen Hochschulen konnten vielleicht ihrem besten Freund im Flüsterton berichten, wie und was sie rein „zufällig“ im Äther gehört hatten. Wenn ein Außenseiter wirklich bei einer Bastelei etwas erlauscht hatte, schwieg er. Deshalb war es gar kein Wunder, daß in der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen ausschließlich aus dem Ausland massenweise Empfangsbestätigungen von Privaten oder Funkstellen oder Schiffen in See eintrafen. Gerade diese Auslandsnachrichten mit den bis ins einzelne gehenden Beobachtungs- und Empfangsergebnissen waren es, die *Hans Gerlach* zu weiteren Versuchen und Sendungen in der Vorrundfunkzeit anspornten.

Von *Erich Schwarzkopf* muß wenigstens eine nette Begebenheit erzählt werden, die sich im Großsenderlaboratorium in Zeesen ereignet hatte, allerdings zu einer Zeit, als es den offiziellen Rundfunk bereits gab

und die Technik in den Verstärkerräumen schon in voller Blüte stand. Von *Erich Schwarzkopf* war bekannt, daß er ein absolutes Gehör hatte und Frequenzabweichungen des Plattenspielers, der im Rundfunkhaus Berlin aufgestellt war, einwandfrei heraushören konnte. Für ihn waren derartige Abweichungen oder Schwankungen unerträglich. Seine Beanstandungen teilte er jedesmal sofort und pflichteifrig dem Funkhaus Berlin mit. Als an einem Vormittag auf seine wiederholten Anrufe gar nichts geschah, platzte ihm der Kragen beim Abspielen des Marsches „Hoch Heidecksburg“. Er kam aus seinem Büro in den Sendersaal gestürzt und machte den Notbesprechungsplatz startklar. Kaum war der letzte Ton aus Berlin verklungen, schaltete er den Stationsplattenspieler – ebenfalls mit „Hoch Heidecksburg“ – ein, diesmal aber absolut tonrein mit der vorgegebenen Umdrehungszahl. Um den zu erwartenden massiven Beschwerden zuvorzukommen, rief *Erich Schwarzkopf* das Rundfunkhaus Berlin an und bedankte sich für die erstmalige frequenzgetreue Wiedergabe. Auf den Hinweis, die Platte sei nur einmal über den Sender ausgestrahlt worden, meinte er trocken, dann sei es wohl ein Echo gewesen, was er gehört habe; als Echo sei es sehr frequenzgenau gewesen. Der Echo-Vorfall machte natürlich gleich die Runde durch die Stationshäuser in Königs Wusterhausen und Zeesen. Da die Beteiligten dichthielten, verliefen alle Beschwerden im Sande.

Daß *Hans Gerlach* zu jeder Tages- und Nachtzeit, ob Wochentag oder Sonntag oder Feiertag, die Senderräume und die übrigen Betriebsräume in Augenschein nahm, war selbstverständlich. Er war Amtsvorsteher. Er überzeugte sich laufend davon, daß sein Betrieb in Ordnung war und in Ordnung blieb. Dabei brauchte er mitunter nicht einmal in die Senderhalle des Stationshauses 1 zu gehen. Er konnte durch die weit geöffneten Fenster in die Räume blicken, in denen die Senderbeamten ihre Pflichten erfüllten. Die Senderräume lagen nämlich tief im Keller. Die Transformatoren und die Senderröhren strahlten eine Tropenhitze aus. Die vielen Heiz- und Anodenmaschinen im Maschinenkeller, nämlich in einem noch tieferen Keller unterhalb der Senderhalle, schickten Wärmemengen in jeder gewünschten und ungewünschten Menge über die Kellertreppe nach oben. Und durch einen Kabelkanal, der von der Dieselhalle zum Maschinenkeller führte und den man in gebückter Haltung durchschreiten konnte, strömte der penetrante Gestank verbrannten Dieseltreibstoffs in die Senderhalle. Der Begriff „Klimaanlage“ war vor einem halben Jahrhundert noch unbekannt.

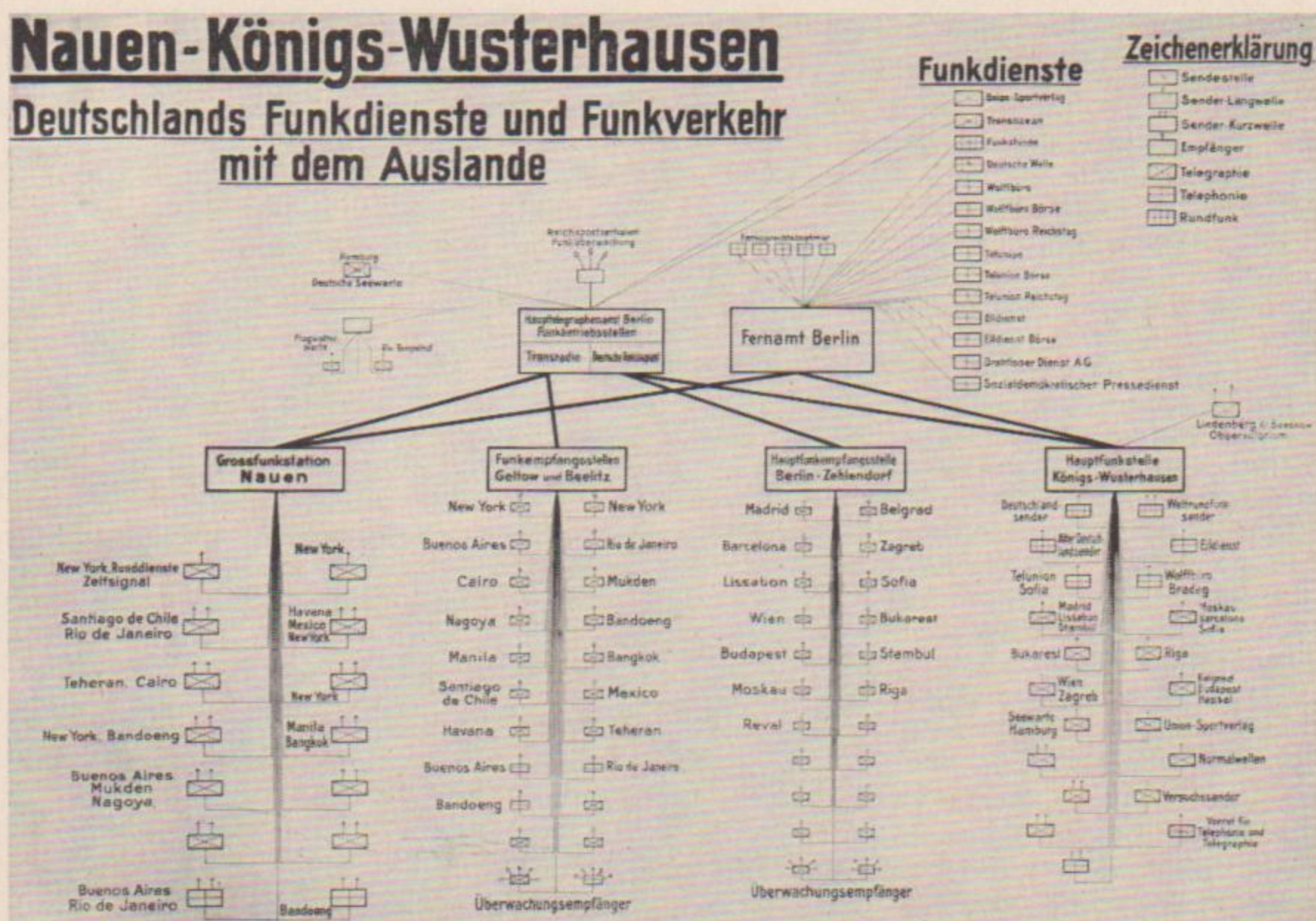
So kam es, daß die in zweieinhalb Meter Höhe liegenden Fenster der Senderhalle weit geöffnet wurden,

um die frische märkische Luft hereinströmen zu lassen. Ein Außenstehender oder Außenwandelnder konnte dabei tief hinein in die Senderhalle und die Seele der Senderbeamten gucken und vielleicht um 2 Uhr morgens sogar einen fahrbaren Wellenmesser entdecken, dessen Deckel hübsch zugeklappt war und als Skattisch diente. Und die Skatbrüder? Drei Mann standen um den Wellenmesser herum, bewaffnet einzig und allein mit einer Reihe von hübschen Spielkarten. Der vierte Skatbruder, der gerade Pause am Wellenmesser hatte, wanderte von Sender zu Sender, schaute hier auf ein Voltmeter, dort auf ein Ampere-meter, drehte hier an einem Handrad und schob dort wieder einen kleinen Schieber an einem Widerstand. Er hatte bei seiner Wanderung allerlei Entdeckungen zu machen und alles in das vorgeschriebene Gleis zu bringen. Aber unser lieber *Hans Gerlach*? Er fand alle vier Mann an den Sendern vor, jeder an seinem Arbeitsplatz. Denn das Aufschließen der Haustür, das Quietschen der Haustür und der übrigen Flurtüren, das Klappern der Schuhe auf den Steintreppen und auf dem langen Steinflur, das waren deutliche Anzeichen für einen Eindringling, der schließlich im Eingang zur Senderhalle stand und laut rief: „Na, alles in Ordnung?“ *Hans Gerlach* hatte für diese Sünden seiner Senderbeamten im Stationshaus 1 viel Verständnis. Die Umstände änderten sich. Die Zahl der Sender stieg immer höher, die Zahl der Senderbeamten in den einzelnen Stationshäusern wurde immer geringer. Als schließlich im Senderhaus 1 nur ein einziger Senderbeamter nachts anwesend war, machte das Skatspielen keinen Spaß mehr. Die Karten konnten dem Müll anvertraut werden.

Hans Gerlach hatte sein Personal sehr klug ausgesucht und eingesetzt. Zum Leiter der Technischen Stelle hatte er *Erich Schwarzkopf* bestimmt und ihm tüchtige Mitarbeiter zugeteilt: *Erich Mühmel*, *Karl Rehberg*, *Willi Schulz*, *Ernst Hammer*, *Walter Mehle* u. a. Neben der Technischen Stelle hatte die Betriebs-

abteilung eine besondere Bedeutung. Sie setzte sich etwa um 1922 aus fünf Aufsichtsbeamten und einer größeren Schar von Senderbeamten für den Dienst an etwa 20 Sendern zusammen. Tagsüber (7.00 bis 21.00 Uhr) waren zwei Aufsichtsbeamte anwesend, nachts (21.00 bis 7.00 Uhr) ein Aufsichtsbeamter. Dazu waren tagsüber fünf oder sechs Senderbeamte, nachts zwei oder drei Senderbeamte anwesend. Aufsichtler und Senderbeamte waren anfangs ausschließlich Militäranwärter, zu denen sich später Zivilanwärter gesellten, als die Zahl der Sender immer mehr und mehr anstieg.

Für den Senderdienst in der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen wurde durch Flüsterpropaganda unter den Zivilanwärttern des Haupttelegrafenamts Berlin geworben. Hier eine kleine Geschichte, die zeigen soll, wie vor einem halben Jahrhundert die Abwerbung vor sich ging und welche Rolle hierbei *Hans Gerlach* spielte. Ihm saß der Schalk ständig im Nacken. Zwei Telegrafent Praktikanten des Haupttelegrafenamts Berlin hatten bei ihrer täglichen Arbeit im deutschen und europäischen Funkdienst von einer Beschäftigungsmöglichkeit in der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen gehört, wobei ihnen unter dem Siegel der Verschwiegenheit noch gesagt wurde, daß es in absehbarer Zeit einige Postwohnungen im Stallgebäude der Funkerkasernenanlagen geben würde. Eine Wohnung war in Berlin kaum erreichbar. In der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen mit der neuartigen Technik beschäftigt zu sein und dazu noch eine Wohnung zu bekommen, das war die Sehnsucht dieser beiden verlobten Stephansjünger. Jedenfalls vereinbarten sie mit der Aufsicht *Valentin Emmeluth* in Königs Wusterhausen, daß sie an dem und dem Tage kommen würden, um sich über Einzelheiten an Ort und Stelle zu unterrichten, vielleicht auch, um sich dem Amtsvorsteher vorzustellen, ganz unverbindlich. Nur ein Informationsbesuch!



den auch postwendend zur Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen versetzt. Aber die Wohnung? Das sollte noch neun Monate dauern. Und der Senderdienst? Ein Überwachungsdienst! Ein Relaisdienst! Die Telegrafienrelais mußten ticken. In einem sehr schnellen Rhythmus mußte das alles geschehen. Aufpassen, Prüfen und Messen, Einstellen, Abstimmen und Vergleichen, das waren einige der Tätigkeiten. Aufpassen, daß die Anodenspannung genau 4000 Volt oder bei kleineren Sendern 1800 Volt betrug, daß am Poulsen-sender der Lichtbogen nicht abriß und nicht zu viel und auch nicht zu wenig Spiritus zugeführt wurde, daß die Heizspannung der Senderöhren genau bei 16,9 Volt oder einem anderen vorgeschriebenen Wert lag. Für acht RS-15-Röhren eines Telefoniesenders war nur ein einziger Voltmeter zum Feststellen der Heizspannung für eine der acht Röhren vorhanden. Bei einem anderen Röhrensender waren in der zweiten Senderstufe sogar zehn RS-15-Röhren vorhanden; aber es gab hierbei auch nur ein einziges Voltmeter. Da hieß es: Aufpassen! Mit einem Drehschalter konnte immer eine der acht oder zehn Senderöhren an das Voltmeter gelegt werden, um die Spannung ablesen und dann unter Umständen nachstellen zu können. Wehe wenn der „Alte“ kam! *Hans Gerlach* schaltete selbst den Umschalter von Röhre zu Röhre und stellte fest, daß bei der Röhre 7 die Heizspannung von 0,1 Volt und bei Röhre 3 um 0,2 Volt zu hoch lag. Es gab zwar kein Donnerwetter, nur ein „Ja, mein lieber *Max Laub*, besser aufpassen!“ Und *Maxe* hatte stets ein fürchterliches Pech. *Hans Gerlach* war nicht nachtragend. Er konnte sich auf sein Personal verlassen, er wurde niemals, wenigstens in den goldenen zwanziger Jahren, enttäuscht. Sein Betrieb klappte, und er beherrschte die für den Betrieb erforderlichen Handgriffe. Vielleicht hantierte er viel zu viel an den Sendern herum. Er konnte die einzelnen Senderstufen haargenau abstimmen. Das Personal konnte ihm nichts vormachen. Er war der Amtsvorsteher, aber gleichzeitig der große Meister und Köhner. Er brauchte sich nicht unterrichten und belehren zu lassen, er beherrschte sein Fach. Bei *Hans Gerlach* konnte keine Schlamperei einreißen. *Hans Gerlach*, wohl ein Rebell, aber ein Amtsvorsteher, der sein Gebiet souverän beherrschte.

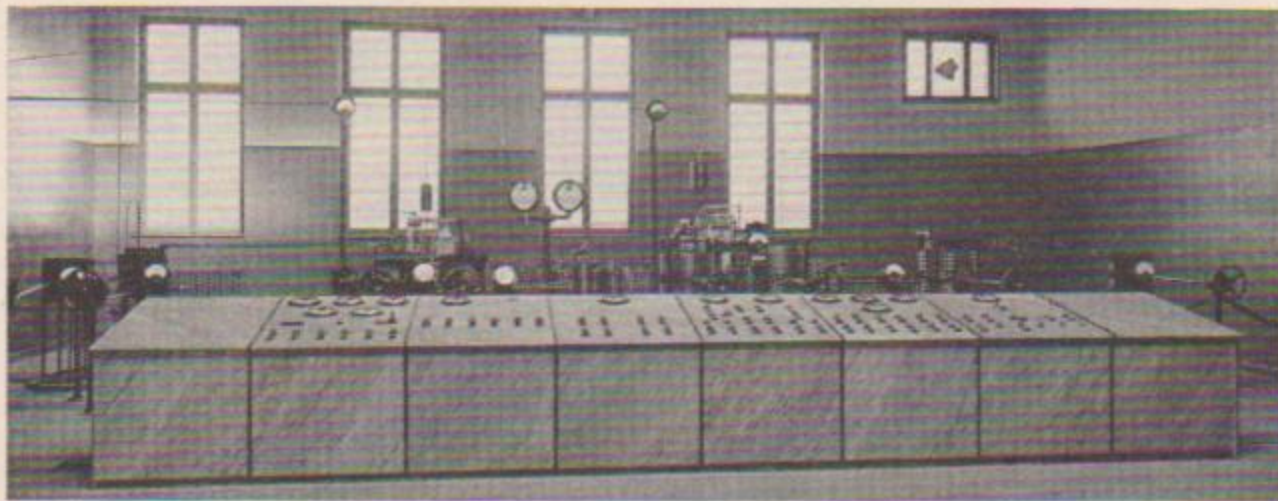
Der Antennenwald von Königs Wusterhausen übte seit eh und je, besonders aber seit der Eröffnung des Rundfunks Ende des Jahres 1923 eine starke Anziehungskraft auf die Bevölkerung aus. Funkamateure, Radiobastler, Rundfunkhörer, Tausende von Radfahrern, die Sonntag für Sonntag von Berlin aus in die Dubrow oder in den Spreewald fuhren, sie alle machten halt an den hohen Maschendrahtzäunen, um sich von den Strapazen der Wanderung oder der Radfahrt zu erholen, aber auch um etwas von dieser neuartigen Technik dort oben in den Lüften zu erhaschen. Sie alle hörten das gleichmäßige Brummen

und Singen der Maschinen und Transformatoren, das aus den Stationshäusern drang. Sie alle wollten die Einrichtungen und Anlagen der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen kennenlernen. Funk, Rundfunk, Funktelegrafie, Funktelefonie, davon hatten sie gehört, und das war vor einem halben Jahrhundert etwas Geheimnisvolles, etwas Unglaubliches, etwas Phantastisches. Was lag näher, als um eine Besichtigung der technischen Anlagen und Einrichtungen zu bitten. Die Oberpostdirektion Berlin genehmigte gern die Bitten der Antragsteller. So kamen in- und ausländische Techniker und Ingenieure, Studenten und Professoren, Forscher und Berichterstatter, Männlein und Weiblein in kleineren und größeren Gruppen oder in wenigen Fällen allein.

Für *Hans Gerlach* war es selbstverständlich, die Besucher selbst zu begrüßen und die Honneurs zu machen, bei schönem Wetter draußen vor dem Stationshaus 1, bei schlechtem Wetter im Stationshaus entweder im Kellergang oder in der Senderhalle. Einen Vortragsraum für Besucher gab es damals noch nicht. Im Plauderton, umrankt von diesem oder jenem Scherz, gab *Hans Gerlach* allerlei kurzweilige Erläuterungen. Wenn sich bei dem Frage- und Antwortspiel herausstellte, daß ein „Mariner“ unter den Besuchern war, dann wurde herzlich gelacht und geplaudert. Denn *Hans Gerlach* war Vorsitzender des Marinevereins Königs Wusterhausen. Froh und freudig folgte das Häuflein seinem Kapitanleutnant a. D.

Es verging kaum ein Werktag, an dem nicht wenigstens ein Besucher die Stationshäuser und die Anlagen und Einrichtungen besichtigte. Der Sonnabendnachmittag und der Sonntag waren für größere Gruppen vorgesehen. Mitglieder von Radioklubs, von Bastlervereinigungen, von Fachgruppen. Sie kamen von nah und fern, aus Berlin, aus Guben, aus Brandenburg, aus Görlitz, aus Stettin, aus Schneidemühl und vielen, vielen anderen Orten. Vierzig, fünfzig und mehr Personen fanden sich jedesmal ein. Zwei Stunden, in besonderen Fällen drei Stunden, dauerte eine Besichtigung, die durch die drei Stationshäuser auf dem Funkerberggelände führte, eine Strapaze für die Besucher, ohne Erfrischung und ohne Auto alles zu ertragen und über sich ergehen zu lassen, kaum irgendwo ein Stuhl für eine Fünf-Minuten-Pause. Am Sonnabendnachmittag konnten immerhin zwei oder drei Gruppen und an Sonntagen vier bis sechs Gruppen durch die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen geschleust werden.

Dennoch strömten ständig neue Massen von Besuchern herbei. Eine Kehrseite machte sich indessen mehr und mehr bemerkbar. Überall lauerten nämlich in den Stationshäusern Gefahren mancherlei Art: Rotierende Maschinen in großer Zahl, Hochspannungsleitungen und Hochfrequenzleitungen in griffbereiter und allernächster Nähe, Treppen jég-



Der Deutschlandsender von Telefunken im Senderhaus 4

licher Art mit und ohne Geländer. Vieles war für den Betrieb behelfsmäßig und versuchsweise aufgebaut. Überall und ständig mußte aufgepaßt werden, damit die Besucher trotz ihrer bewundernswerten und nicht zufriedenzustellenden Neugierde gesund und ohne Unfall den Bereich der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen wieder verlassen konnten. Die Besichtigungen erfreuten sich bei den Besuchern wegen der vielen technischen Einzelheiten und der zahlreichen betrieblichen Vorführungen sehr großer Beliebtheit, zum anderen deshalb, weil die mit der Führung beauftragten Kräfte alles taten, um den Besuchern ein anschauliches, anständiges und allgemeinverständliches Bild von der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen zu vermitteln. Im Jahre 1925 nahmen die Besichtigungen leider, leider derart überhand, daß sich *Hans Gerlach* entschließen mußte, sie so oder so zu drosseln, jedoch sehr zum Ärger der Öffentlichkeit und der Presse.

Hierüber berichtete am 23. Mai 1925 die Königs Wusterhausener Zeitung folgendes:

„Die Besichtigung der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen soll eingeschränkt oder ganz verboten werden. Wie wir hören, sind dahingehende Bestrebungen im Gange, und leider ist zu befürchten, daß die Reichspostverwaltung diesen Anträgen Folge leisten wird. Angeblich soll die Besichtigung mit einer Gefahr für die Besucher und mit einer Erschwerung des Betriebes verbunden sein. Die Sperrung der Hauptfunkstelle würde eine starke Abdrosselung des Fremdenverkehrs für Königs Wusterhausen bedeuten. Im Interesse unseres Ortes und der Allgemeinheit müßte eine derartige Maßregel sehr bedauert werden, und die Gemeindeverwaltung sollte Schritte tun, sie noch in letzter Minute zu verhindern. Die Hauptfunkstelle bildet eine Sehenswürdigkeit von Königs Wusterhausen und führt fast täglich zahlreiche Personen hierher, die die Anlage kennenlernen wollen. Dieser Fremdenstrom würde mit einem Schlage aufhören, wenn die Besichtigung des Betriebes nicht mehr gestattet werden sollte.“

Die Besichtigungen wurden weder eingeschränkt noch verboten. Aber es wurde ein Eintrittsgeld erhoben: 75 Rpf je Person. Während sich vorher die Besucher in großen Scharen einfanden, ließ der Besucherstrom nach der Einführung des Eintrittsgeldes nach. Die Ursache hierfür mag das Eintrittsgeld gewesen sein. Es kam etwas anderes hinzu. Der Rundfunk war nicht

mehr eine geheimnisvolle Erscheinung; er wurde immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit; er hatte sich einen festen Platz im kulturellen Leben verschafft. Rundfunkgesellschaften, Rundfunkvereine, Rundfunkzeitschriften und kleinere und größere Rundfunkausstellungen in Stadt und Land trugen ständig dazu bei, daß die Technik in den Hintergrund und das Rundfunkprogramm in den Vordergrund gedrängt wurden.

Dennoch war und blieb die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen ein beliebtes Ausflugsziel. Auf das Eintrittsgeld wurde nach einigen Jahren wieder verzichtet. Im Stationshaus 1 stellte *Hans Gerlach* ohne Genehmigung seiner vorgesetzten Dienststelle zwei Räume, die zuvor für die Königs Wusterhausener Sonntagskonzerte verwendet worden waren, für die Besichtigungen zur Verfügung. Während der eine Raum ein großes Modell des gesamten Geländes mit Stationsgebäuden, Wohnhäusern, Masten, Antennen, Abspannseilen, Straßen, Wegen usw. aufnahm, wurde der zweite Raum zu einem Vortragssaal umgestaltet.

Durch die Schaffung von Vortragsräumen war es dem Rebellen *Hans Gerlach* möglich, den Besuchern abseits vom Lärm der Maschinen und vom Summen der Transformatoren und Drosseln die Geschichte, die Aufgaben und die Einrichtungen der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen an Hand des Modells und durch Karten, Skizzen, Pläne und Tabellen zu schildern. Die anschließende Führung selbst war nur noch ein Spaziergang durch die Stationshäuser.

Allmählich wurden die Besichtigungen zu einem vornehmen und eleganten Ereignis für die Besucher der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen. Die Besichtigungen konnten sorgfältiger vorbereitet werden. Oft genug wurde den Besuchern ein vierseitiges Erinnerungsblatt in der Größe DIN A 4 oder DIN A 5 überreicht. Es enthielt auf der ersten Seite eine Widmung, während auf den drei übrigen Seiten geschichtliche, organisatorische, technische und sonstige Einzelheiten über den Funktelegrammverkehr, die gewerblichen Funkdienste und den Unterhaltungsrundfunk abgedruckt waren. Der Text der ersten Seite lautete z. B.:

„Zur Erinnerung an den Besuch der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen durch die Königin-Luise-Schule Berlin-Charlottenburg am 10. November 1932.“

Fortsetzung im folgenden Heft

Der Vereinsfunktionär ein seltsamer Menschentyp

Martin Heumann, Regensburg

Es gibt zahlreiche Zusammenschlüsse von Menschen und Menschengruppen, die sich Vereine, Vereinigungen oder Verbände nennen. Der Zweck und die Tätigkeit dieser Zusammenschlüsse ist so bunt und vielfältig wie die Färbung der Natur in unseren Breiten zur herbstlichen Zeit. Aus der Satzung der Vereine ist zu entnehmen, was sie anstreben. In der Regel dienen sie einem guten Zweck, so daß ihr Bestehen für die Menschen also zweifellos wertvoll ist. Sie ermöglichen

beispielsweise den Bürgern und Bürgerinnen der Städte und des flachen Landes etwas zu unternehmen, was sie auf sich allein gestellt, nicht oder nur unter erschwerten Verhältnissen und Bedingungen tun könnten. Man denke nur an die Kegler, Schützen, Veteranen, Rasenspieler, Turner, Imker, Kleingärtner, Wanderer, Bergsteiger, an die Berufsverbände, Organisationen usw., usw. Alle Vereine und Vereinigungen können jedoch nur blühen, sich am Leben erhalten

und oft das Leben gerade noch fristen, weil es in ihren Reihen Menschen gibt, die für das Funktionieren des Vereinslebens und die Verwirklichung der manchmal recht hochgesteckten Vereinsziele sorgen und arbeiten. Diese Menschen bezeichnet man deshalb schlechthin als Vereinsfunktionäre. Zu den Vereinsfunktionären zählen, was manche Zeitgenossen vielleicht gar nicht wissen, die Vorstände, Kassierer, Schriftführer, Abteilungsleiter, Fachwarte, Geräte- warte, Kassenprüfer, Beauftragte für Sonderaufgaben usw. Die Vereinsfunktionäre werden in einer Versammlung, in der Regel der Hauptversammlung, zu der alle Mitglieder „vollzählig“ erscheinen, in absolut demokratischer Weise gewählt. Wird ein Mitglied für irgendeinen Vereinsfunktionärsposten von der Versammlung gekürt, dann liegt es an ihm, diesen Posten anzunehmen oder „njet“ zu sagen.

Hier beginnt nun die Analyse dieses seltsamen Menschentyps, der sich als Vereinsfunktionär wählen ließ. Er ist in der Tat ein seltsamer Mensch, doppelt seltsam in den Augen der immer mehr der Säkularisation auf allen Gebieten sich zuneigenden übrigen Menschheit, mehr als seltsam in unseren wohlstandsbesessenen, profitgierigen Zeitläuften, weil er die oft umfangreiche, mit seinem Vereinsposten verbundene Arbeit ehrenamtlich tut, weder geldliche noch sonstige materielle Vorteile genießt, ansehnliche Anteile seiner Freizeit opfert und im allgemeinen keinen Dank, in manchen Fällen sogar Undank erntet.

Über den äußeren Habitus des seltsamen Menschen „Vereinsfunktionär“ ist nicht viel zu sagen. Er sieht im allgemeinen wie ein Normalbürger aus, es sei denn, er trüge auf der sonn- und werktäglichen Kleidung in der Nähe des Herzens die Vereinsnadel und die vielen Ehrenzeichen, die ihm ob seiner treuen, lang- jährigen Funktionärstätigkeit verliehen wurden. Innerlich unterscheidet er sich dagegen ganz wesentlich von diesem Normalbürger, weil er im Gegensatz zu ihm in seiner Substanz etwas eingeschlossen hat, was

man schlicht und einfach mit Idealismus bezeichnet. Dieser Idealismus, ein heute fast unbekannt ge- wordener Begriff, läßt ihn trotz der vielen Sorgen und wenigen Freuden, der vielen Arbeit für den Verein und der oft geringen Anerkennung immer wieder seinen Funktionärsposten ausfüllen. Der gute Vereinsfunk- tionär, es soll gelegentlich auch weniger gute geben, trägt oft schwer an seinen freiwillig übernommenen Pflichten und Aufgaben. Oft doppelt schwer, weil viel- leicht die Mehrzahl der Mitglieder den Umfang und die Schwierigkeiten seiner Tätigkeit kaum kennt und weil er allzuoft auf die Hilfe der mitgewählten Funk- tionäre verzichtet und buchstäblich alles allein machen muß. Aber wenn ihn sein feingestimmtes Ge- wissen entlastet und dabei feststellt, daß er alles in seiner Kraft Stehende für den Verein getan hat, oder wenn er gar einen auch von der Umwelt erkennbaren Erfolg buchen kann, dann strahlt die Sonne in seinem Herzen und er schwört sich, trotz aller Unbill und vieler Schwierigkeiten seine Funktionärstätigkeit mit doppeltem Eifer weiterzuführen.

In unserem Zeitalter, das sich das „Menschliche“ nennt, und in dem es doch so wenig Menschlichkeit gibt, ist der gute Vereinsfunktionär zweifellos ein Mensch, der viel Menschlichkeit im besten Sinne des Wortes besitzt und ausstrahlt. Ihm, dem Vereins- funktionär, dem Unentwegten, dem Menschlichen, der immer für andere etwas tut, seien zum guten Schluß dieser Betrachtung ein paar Verszeilen gewidmet, die aus der Feder des bekannten Dr. Eugen Roth stammen und mit „Der Gutmütige“ überschrieben sind. Sie passen zweifellos in etwa auf den geschilderten seltsamen Menschentyp, genannt Vereinsfunktionär:

„Ein Mensch gilt auf der Welt als gut,
wenn er was andere wollen tut,
und weil er sich nach ihnen richtet,
auf das was selbst er will verzichtet.
Oft wird ihm seine Dummheit klar,
doch Menschlichkeit ist unheilbar.“

Voranzelge

Im Rahmen der „Fachbuchreihe für den Post- und Fernmeldedienst“ erscheint in Kürze als
Band 30

Heinz Camrath

Der Telegrammdienst bei der Deutschen Bundespost

DIN A 5 Umfang 376 Seiten mit einem Beiheft von 60 Seiten Halbleinen DM 32,—

Dieses bekannte und seit längerer Zeit vergriffene Fachbuch erscheint in einer neuen, völlig überarbeiteten Auflage. Der Autor, der über langjährige Erfahrungen im Telegrammdienst verfügt, bietet die Gewähr dafür, daß alle Anforderungen, die an ein solches Buch zu stellen sind, erfüllt werden.

Es schließt mit dem Stand des Telegrammdienstes vom 30. 6. 1970, jedoch konnten auch die durch die Neufassung der Telegrafienordnung vom 19. 10. 1970 bedingten Änderungen noch Berücksichtigung finden.

Damit ist das Buch, welches als Lehr- und Nachschlagewerk allgemeine Anerkennung gefunden hat, auf dem aller- neuesten Stand und wird Lehrbeamten, Dienstanfängern und allen in diesem Dienstzweig Tätigen gute Dienste leisten. Bestellungen werden ab sofort entgegengenommen.

DAMM-VERLAG KG · GOSLAR-BRAUNSCHWEIG

Ut de Russentid in Berlin anno 1945

Abteilungspräsident a. D. Eduard Foerster

Schon Anfang April 1945 war sich die Bevölkerung von Berlin bis weit in die Kreise der Parteigenossen hinein darüber im klaren, daß der Krieg verloren war, man wünschte nur sehnlichst, daß die Amerikaner, die schon an der Elbe standen, Berlin besetzen würden und nicht die Russen, von deren Greueln im Osten Deutschlands man sehr viel gehört hatte. Allein die Politik entschied anders: Die Amerikaner blieben an der Elbe stehen, um den Russen den Ruhm der Eroberung von Berlin zu lassen.

Die Stadt, die schon durch zahllose Bomben stark gelitten hatte — 69 % der Privatwohnungen waren nach dem Lexikon von Bertelsmann zerstört — wurde vom 20. April an durch die Einschläge von 30 000 russischen Geschützen von neuem stark beschädigt. Nach einigen Tagen heftiger Kämpfe gegen die sich mit äußerster Kraft verteidigenden deutschen Truppen war ganz Berlin von den Russen besetzt, und nun brach ein wahres Inferno durch Gewalttaten der russischen Etappentruppen aus, das noch nach der Kapitulation am 2. Mai einige Zeit anhielt.

Von den 1474 Räumen, in denen Dienststellen des Reichspostministeriums untergebracht waren, waren beim Ende der Kämpfe 1360 = 92 % zerstört, von den 767 Räumen des Reichspostzentramts lagen 309 = 60 % in Trümmern. Der Bestand an leitenden Beamten des Ministeriums war bis auf eine Handvoll gesunken, die meisten — Parteigenossen — hatten sich rechtzeitig nach dem Westen abgesetzt. Die Postkollegen hofften zunächst, daß die Post als gemeinsame Angelegenheit ganz Deutschlands bestehen bleiben würde. In dieser Hoffnung hatte sich der in Berlin im Ruhestand lebende frühere Präsident der Oberpostdirektion Frankfurt a. M., Plein, mit dem in Zehlendorf residierenden amerikanischen Hauptquartier in Verbindung gesetzt; Plein hatte mich zu den Verhandlungen mit herangezogen, weil er sicher sein konnte, daß ich als vom Naziregime Gemaßregelter den Amerikanern unverdächtig sein würde. Die Hoffnung auf eine einheitliche deutsche Postverwaltung stellte sich sehr bald als trügerisch dar, und die russische Besatzungsmacht hatte für ihr Gebiet eine „Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen“ eingesetzt.

In dieser Zentralverwaltung sollte auch ich nach dem Vorschlag der deutschen Stellen eine maßgebende Abteilungsleiterstelle erhalten.

Die vorgeschlagenen Abteilungsleiter wurden durch einen russischen General einer scharfen Prüfung unterzogen; sie hatten nicht nur einen sehr umfangreichen Fragebogen über ihre persönlichen und dienstlichen Verhältnisse, über ihren Werdegang und ihre wissenschaftliche Ausbildung auszufüllen, sondern wurden auch noch einer scharfen mündlichen Prüfung durch einen russischen General — mit Zwischenschaltung eines Dolmetschers — unterworfen. Es war bekannt, daß die Russen in steter Furcht vor Werwölfen und sonstigen Aufständen lebten, daß sie äußerst mißtrauisch waren und bei dem geringsten Verdacht mit einer Verhaftung, Einlieferung in ein Konzentrationslager mit oft un-

menschlicher Behandlung vorgehen. Ich mußte also bei der mündlichen Verhandlung sehr vorsichtig sein und durfte keine unwahren Angaben machen, wollte aber andererseits meiner Würde als Mensch und als Deutscher nichts vergeben.

Der General — um mit Heinrich Heine zu sprechen — „er fragte dies, er fragte das, verfängliche Fragen mitunter“ — ist nachstehend mit G, ich selbst mit F bezeichnet:

G: Sprechen Sie Russisch?

F: Nein.

G: Warum nicht?

F: Auf meinem Gymnasium bin ich in vier Fremdsprachen unterrichtet worden, damit war meine Aufnahmefähigkeit erschöpft. Russischer Unterricht wurde übrigens auf dem Gymnasium nicht erteilt, so fehlte es auch an einer Anregung dazu, späterhin lebte ich vorwiegend im Westen, wo kaum jemand Russisch sprach.

G: Sie kennen die Friedensbedingungen; was sagen Sie dazu?

F: Die Bedingungen sind hart, aber wir müssen sie erfüllen.

G: So, Sie nennen sie hart, haben Sie gehört, daß die deutschen Soldaten den russischen Frauen die Brüste abgeschnitten haben?

F (Der General wußte ebenso gut wie ich, daß schon im ganzen Verlauf des Krieges auf beiden Seiten Gerüchte von Grausamkeiten im Umlauf waren, daß sie also auch mir zu Ohren gekommen sein mußten; hätte ich behauptet, davon nichts gehört zu haben, so hätte er mich mit Recht als einen Lügner betrachtet, ich antwortete also ausweichend): Ich habe das für Propaganda gehalten!

G: Propaganda von wem?

F: Von den Amerikanern!

G: Sie waren im ersten Weltkrieg als Leutnant Kommandeur der Bauabteilung einer Armee-Fernsprechabteilung in der Ukraine; wie kommt es, daß Sie trotz ihrem niedrigen Offiziersgrad eine so hohe Stellung bekleideten?

F: Diese Kommandeurstellung war in der Regel für Hauptleute bestimmt, wegen der starken Ausfälle an Offizieren wurden sehr häufig auch Leutnante in dieser Stellung verwendet.

G: Haben Sie ein Gut in der Ukraine bekommen?

F: Das haben im ersten Weltkrieg nur Hindenburg und Ludendorff erhalten, und zwar lagen diese Güter in Deutschland.

Der General war offensichtlich durch meine Aussagen nicht voll befriedigt, denn er entschied, daß ich für die vorgeschlagene Abteilungsleiterstelle nicht geeignet sei, im übrigen könnte ich aber an einer

anderen Stellung in der Zentralverwaltung Verwendung finden. Der deutsche Präsident der Zentralverwaltung, ein Beamter des gehobenen mittleren Dienstes, bestimmte mich zum Nachfolger des Sonderbeauftragten für die Abwicklung der Geschäfte des ehemaligen Reichspostministeriums und der sonstigen zentralen Postbehörden (Reichspostzentralamt, Forschungsanstalt usw.). Mein Vorgänger Ministerialdirigent Dr. Grailer war nach einer allgemeinen Bestandsaufnahme in seine Heimat Wien zurückgekehrt.

Meine Aufgabe war es, die Vermögenswerte im einzelnen zu ermitteln und sicherzustellen. Dabei störten öfter Beschlagnahmen und sonstige Maßnahmen der Besatzungsmacht erheblich. Für meine Tätigkeit waren mir außer sonstigem Büropersonal zwei Posträte zugeteilt. Der eine wurde schon nach wenigen Tagen ohne Angabe von Gründen vor den Leiter der Personalabteilung, einen ganz links stehenden Gewerkschaftler, beordert. Von seiner Frau erfuhren wir später, daß er in ein Konzentrationslager geschleppt und dort übel zugerichtet worden ist; den Grund der Verhaftung hat man auch ihr nicht angegeben. Ich kann nur annehmen, daß er irgendeine unbedachte Bemerkung gemacht hat, die sich gegen die Besatzungsmacht gerichtet hat.

Eine gewisse Befriedigung war es für mich, daß es mir gelang, durch wiederholte mündliche und schrift-

liche Ausführungen den anderen, als Parteigenosse belasteten außergewöhnlich tüchtigen Postrat Krüger – 1969 als Vizepräsident der OPD Berlin pensioniert – vor einem gleichen Schicksal zu bewahren.

Im Jahre 1946 wurde ich nach Abschluß der Tätigkeit als Sonderbeauftragter und wegen Überschreitung der Altersgrenze von der Zentralverwaltung entlassen. Zur Abrundung des Bildes und um zu zeigen, welchen Gefahren man auch außerhalb des Dienstes ausgesetzt war, diene folgendes Erlebnis: In unserer Wohnung in Lichterfelde, das damals noch nicht dem amerikanischen Bereich zugeteilt war, erschien eines Tages ein Russe mit den Worten „Chail Chitler“. Er dachte vielleicht, das „sei des Landes so der Brauch“. Er war aber enttäuscht, daß sein Gruß nicht erwidert wurde, den er wohl nur deshalb anwendete, um mich seinem Wunsch geneigt zu machen, mit dem er Ausdruck gab. Wo ist Frau? Ich konnte nur beteuern, daß ich keine Frau hätte. Sie selbst konnte sich nur notdürftig zwischen der 2 m hohen Pendeluhr und der geöffneten Balkontür verbergen. Zum Glück suchte der Russe nicht weiter und entfernte sich. Vielleicht war ihm die unübersichtliche durch das Treppenhaus geteilte Wohnung unheimlich, denn Angst vor den Deutschen hatten sie doch immer. Ich bin überzeugt, ich hätte nicht soviel Selbstbeherrschung besessen, einer Vergewaltigung ruhig zuzusehen und wäre dann, wie es vielfach in gleichen Fällen geschehen ist, einfach erschossen worden.

F.E.F.A.S.-PTT
Comité des contacts

Eilt!

Skiurlaub in Megève

Die französischen Postkollegen haben uns liebenswürdigerweise Gelegenheit gegeben, in einem *Post-erholungsheim (Hotel L'Igloo Select) in Megève* Urlaub zu nehmen. Die Erholungsabschnitte laufen vom 5. Dezember 1970 bis 24. April 1971 von Samstag zu Samstag (Verlängerungen sind möglich). Es gibt Zimmer mit 2, 3 und 4 Betten. Der Preis für volle Pension (ohne Getränke) beträgt je nach Unterkunft pro Woche und Person: 220 ffrs – 240 ffrs – 275 ffrs (mit Bad). In folgenden Wochen wird eine Ermäßigung von 10 % gewährt: 2.–9. I., 9.–16. I., 16.–23. I., 20.–27. III., 27. III. – 3. IV. 1971. Ortsprospekte sind beim Syndicat d'Initiative, Megève (Haute Savoie), zu erhalten, einige wenige auch beim Unterzeichneten. Megève ist ein weltbekannter Skiurlaubsplatz am Massiv des Mont Blanc.

Anmeldungen sind *eiligst* zu richten an

Fédération Groupements Sociaux
99, Rue Duguesclin
F-69 Lyon 6^e

Eine Durchschrift wird erbeten an: Leitd. OPDir Dr. Kessler, 2 Hamburg 11, Postscheckamt.